April 2018
Nummer 420 – K 12858 / 3,80 €

unabhängige Bauernstimme

Die Digitalisierung ist in aller Munde - auch in der Landwirtschaft. Doch was lässt sich wirklich sinnvoll ergänzend mit bäuerlichem Wissen kombinieren? Wo entstehen neue Abhängigkeiten?

Alle sind für eine verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung bei Fleisch. Für Orientierung und gute Preise kommt es auf deutliche Kriterien an. Aber die Bundesregierung zeigt noch keine Reaktion.

Wirtschaftsförderung kurbelt Wachstum an. Einher geht damit eine enorme Flächenversiegelung. Gegen die Betonflut begehren Bündnisse mit Bauern und Bäuerinnen z.B. in Bayern auf.

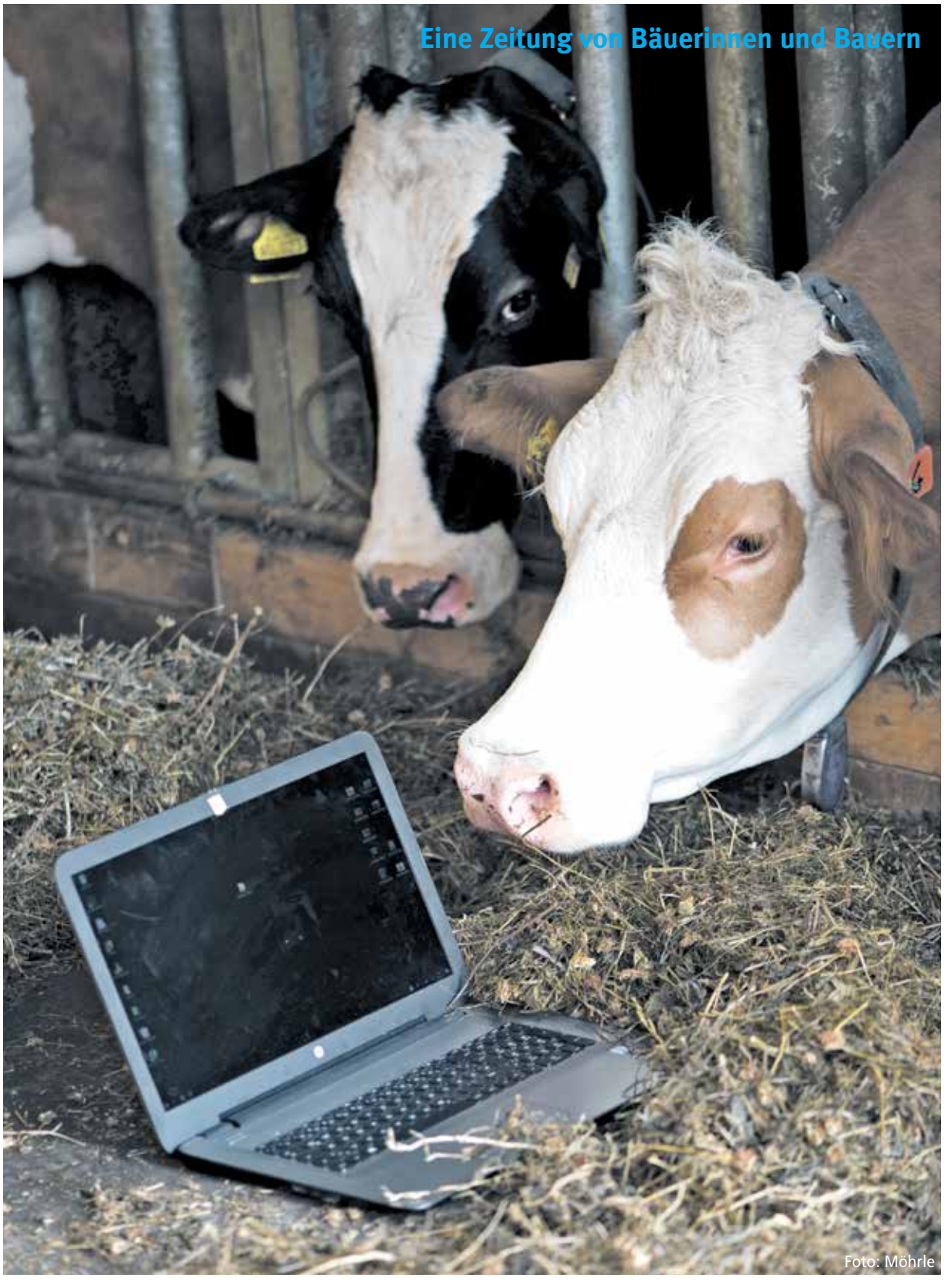


Foto: Möhrle

Unabhängigkeit bewahren

Die Seite 3

Haltungskennzeichnung in aller Munde 3

Milch

„Keine Auswahl für Milchbauern 4
Kleines Mengenplus zieht Milchpreis nach unten. 6
Alter Wein in neuen Schläuchen - oder mehr? 17

Agrarpolitik

Betonflut stoppen 5
Eine Weideprämie für Schafe 7
„Wir müssen differenziert betrachten!" 10
EU-Kommission erlaubt Bayer-Monsanto-Fusion. 15
Deutsche Gelder global am Werk. 16

Bewegung

Landbesetzung in Andalusien. 8
Forstpolitik in bewegten Zeiten 14
Dropleg-Technik schützt Bestäuberinsekten 20
Frauen erspielen Zukunft 20

Schwerpunkt

Das Auge des Herrn... 11
Landtechnik (fast) ganz neu entdeckt 12
Aufbegehren mit Schraubenschlüssel und USB-Anschluss 13

Zu Besuch bei Elisabeth Sandach und Marcus Nürnberger, Seite 9; Veranstaltungsberichte, Seite 18 und 19; Lesen, Seite 21; Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23

Unter Kontrolle: Bäuerin und Bauer 4.0

Die EU hat den Zusammenschluss von Bayer und Monsanto weitgehend genehmigt. Es ist ein neuer Höhepunkt in einer Konzentrationswelle der vor- und nachgelagerten Bereiche der Landwirtschaft. Es betrifft den Kernbereich unseres Lebens: Die Basis für die Erzeugung von Lebensmitteln. Der neue Konzern allein beherrscht 1/3 des Saatgutmarktes. Die größten drei Konzerne werden 61 Prozent des Saatgutmarktes und 71 Prozent des Marktes für Pestizide beherrschen. Aber hinter diesen Konzentrationen stehen viel weitergehende Interessen. Der Einsatz von Pestiziden ist in der Bevölkerung immer weniger akzeptiert. Daher wird intensiv an einer digitalisierten Präzisionslandwirtschaft geforscht, die mit dem Einsatz von Feldrobotern und neuen gentechnischen Methoden in der Pflanzenzüchtung das gängige industrielle Anbausystem vielleicht etwas weniger belastend für die Umwelt machen, aber es auf jeden Fall erhalten will. Auf dem Weg dahin haben die Agrarkonzerne im Zusammenwirken mit den wenigen verbliebenen Landtechnikkonzernen mittelständische Entwickler und Unternehmen der Digitalisierung im Agrarbereich weltweit aufgekauft. Diese neue geballte Marktmacht schadet der Demokratie, den Bäuerinnen und Bauern und der weltweiten Ernährungssicherung. Anbauwissen, Saatgut, Chemie, Boden- und Klimadaten für jeden Flecken – alles aus einer Hand. Kreative, vielfältige und angepasste Innovationen, für die mittelständische wie auch bäuerliche Strukturen stehen, werden bei dieser Entwicklung ausgeschaltet. Diese Entwicklung steht nicht nur für Leere in der Feldmark sondern auch in den Köpfen. Die Abhängigkeit von Lösungsansätzen, Produkten und Preisdiktat steigt. Aber das zusammen mit dem Beschwören der Digitalisierung ersetzt keine Agrarwende.

Landwirtschaft ist seit vielen Jahren einer der am meisten digitalisiertesten Wirtschaftsbereiche. Der Einsatz von IT in der Landwirtschaft ist sowohl im Pflanzenbau als auch in der Tierhaltung längst gang und gäbe. Gute Lösungen mit Hilfe von Digitalisierung werden auch auf den Höfen von den Bäuerinnen und Bauern selbst entwickelt. Die Möglichkeiten der Sensorik und Datenverarbeitung rufen eine Vielzahl von Tüftlern und Start Ups auf den Plan. Neben Insellösungen im Kleinen eignen sich Technik, Daten und Verarbeitungssoftware auch zur Verknüpfung, um größere Dienstleistungspakete auf dem Markt zu verkaufen. Für Bäuerinnen und Bauern bleibt die Unabhängigkeit von Anbietern und die Verfügung über die Daten entscheidend. Es ist frustrierend genug, wenn auf dem Hof plötzlich festgestellt wird, dass der neue Schlepper nicht startet und aus einer Konzernzentrale weltweit überwacht wird. Aber soll der Algorithmus auch für die perfekte Überwachung sorgen? Sobald einmal der vorgeschriebene Abstand beim Pflügen nicht eingehalten wurde, gibt es Sanktionen beim Cross Compliance, und überall dank Robotern und Satellitenauswertungen durchgesetztes Ordnungsrecht. Wird die Maschine der Bestimmer, die Entscheidung des Landwirts steuer- und manipulierbar? Das wäre das Gegenteil von frei. Wir bewegen uns hier im Bereich der scheinbaren Lösung alter ideologisch- politischer Debatten.

Natürlich erleichtern ein gutes Netz, digitale Akten und präzise Techniken vieles. Der zentrale betriebliche Erfolgsfaktor in der gesamten Geschichte der Landwirtschaft ist aber die Beobachtungsgabe und lokale Entscheidungsfähigkeit der Bäuerinnen und Bauern. Erfahrungswissen leitet den Umgang mit den Tieren, Entscheidungen auf dem Feld und im Bereich von Investitionen und Management. Im letzten Jahrhundert wurde dieses Erfahrungswissen durch empirische Studien und Wissenschaft ergänzt. Wissen aus Studien lässt sich jedoch nicht immer eins zu eins auf die individuellen Rahmenbedingungen eines Betriebes oder einer Region übertragen. Beobachtungswissen (tacid knowledge) in den Köpfen möglichst vieler Bäuerinnen und Bauern ist daher unverzichtbare Basis der nachhaltigen Sicherung der Ernährung. Mit der Digitalisierung und dem Smart bzw. Precision Farming werden nicht die grundsätzlichen Fehlentwicklungen in der Agrarpolitik und ihre Auswirkungen auf die Umwelt korrigiert, geschweige denn aufgehoben. Agrarwende geht anders.

Bernd Voß, MdL Schleswig-Holstein, AbLer im Agrarbündnis und Milchbauer

Haltungskennzeichnung in aller Munde

Um die Tierhaltung bei Fleisch am Markt erkennbar zu machen, kommt es auf deutliche Abstufungen an

Es sind bewegte Zeiten, was die Nutztierhaltung und dabei insbesondere die Schweinehaltung angeht. Erstmals hat sich Anfang März überraschend auch der Deutsche Bauernverband (DBV) für eine verpflichtende Kennzeichnung von Tierhaltungsbedingungen bei Fleisch ausgesprochen. Verbandspräsident Joachim Rukwied skizzierte gegenüber der Nachrichtenagentur dpa ein mehrstufiges Modell für die Schweinehaltung: Stufe 1 für gesetzlichen deutschen Standard; Stufe 2 für höhere Standards entsprechend der Brancheninitiative Tierwohl (ITW), zum Beispiel mehr Platz im Stall; Stufe 3 für Premiumniveau mit Auslauf ins Freie. Als neues Element der Klassifizierung schlägt der DBV eine Stufe 0 vor für alles, was nicht deutscher gesetzlicher Standard ist. Außerdem regte Rukwied eine ergänzende Herkunftskennzeichnung an: „D-D“ entsprechend des deutschen Länderkürzels hieße dann, das Schwein wurde in Deutschland geboren und gemästet.

Lob und Kritik

Dieser grundsätzliche Vorstoß zur Differenzierung von Fleischprodukten wurde in Reaktionen aus Politik und Gesellschaft u. a. „begrüßt“ (Nordrhein-Westfalens Agrarministerin Christina Schulze-Föcking, SPD-Bundestagsfraktion, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)), als „richtig“ bewertet (Tierschutzorganisation ProVieh, Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft BÖLW), für „bemerkenswert“ befunden (Agrarsprecher der Grünen-Bundestagsfraktion Friedrich Ostendorff) und bekam „Signalwirkung“ zugeschrieben (Tierschutzorganisation Vier Pfoten). Gleichzeitig ernteten die konkreten Vorstellungen des DBV Kritik: Die von der Eierkennzeichnung abweichende Einstufung könne die Verbraucher unnötig verwirren, befand u. a. die SPD-Bundestagsfraktion. Sowohl Grüne als auch Tierschutzverbände und der BUND setzen sich für eine entsprechende Klassifizierung von Stufe 3, „gesetzlicher Mindeststandard“, bis Stufe 0, „Bio“, ein. Der BÖLW bezeichnet diese „vom Verbraucher gelernten“ Stufen als einzig sinnvoll und pocht dabei vor allem darauf, Bio als „Premiumstufe und höchster gesetzlicher Standard der Tierhaltung“ einzubeziehen. Hinter der vom DBV vorgeschlagenen Stufe 0 vermutet der vzbv „eine ganze Menge Protektionismus“, den sie so nicht unterstützen wollten. Christoph Dahlmann, Neuland-Vermarkter in der Region West, sieht die neue Kategorie als den Versuch einer Abgrenzung nach unten, um den hiesigen gesetzlichen Standard zu stärken.

Inhaltliche Kriterien zählen

Für die weitere Diskussion werden die konkreten inhaltlichen Kriterien am bedeutendsten sein. So hat die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in ihrem Positionspapier zum Umbau der Schweinehaltung substantielle, klare und nachvollziehbar voneinander abgrenzbare Standards für eine Fleischkennzeichnung gefordert. Auch Dahlmann betont: „Wir brauchen inhaltlich starke Stufen. Für uns Neuländer ist es wichtig, dass eine Premiumstufe unsere Standards, wie z.B. 100 Prozent mehr Platz, aufgreift und mit der Ferkelerzeugung im Zusammenhang steht – da geht es um den Ringelschwanz und darum, die Sauenhaltung aktiv mit einzubeziehen.“ Von einer Anhörung am 14. März im Landtag Nordrhein-Westfalens zum Thema Unterstützung des Umbaus der Schweinehaltung berichtet er: „Alle wichtigen Akteure der landwirtschaftlichen Berufsvertretung haben sich vor dem Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz für eine verpflichtende Haltungskennzeichnung ausgesprochen.“ Die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN), Westfälisch-Lippischer und Rheinischer Landwirtschaftsverband (WLV und RLV) und die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) plädierten auch für eine Herkunftskennzeichnung, um die heimischen Ferkelerzeuger zu stärken. Für den WLV, der das DBV-Modell unterstützt, erklärte Bernhard Schlindwein, stellvertretender Geschäftsführer des Verbandes, gegenüber der Unabhängigen Bauernstimme: „Es sind Vorschläge zu Beginn - was daraus wird oder was davon kommt, wird zu verhandeln sein. Wichtig ist: Wir haben uns grundsätzlich entschieden, dass wir eine Haltungskennzeichnung wollen.“ Der angekündigte Lidl-Kompass habe als Idee gedient, „aber wir wollen keine fünf Kompasse, sondern etwas Einheitliches.“ Bio sei in dem Modell nicht enthalten, weil es um Tierhaltungsstandards gehe, „nicht um den Prozess oder die Fütterung“, so Schlindwein, „da kann ich die Kritik nicht nachvollziehen – die Ökobranche braucht eigentlich keine besondere Haltungskennzeichnung, denn sie hat ein eingeführtes Label, das die Haltung mit einschließt.“

Haltungsform greifbar machen Foto: cs

Politik und Erzeuger gefordert

Auch wenn es im Detail zur genauen Ausgestaltung einer möglichen Haltungskennzeichnung abweichende Vorstellungen gibt, besteht mittlerweile eine breite Zustimmung zu einem solchen Konzept. Für die im April anstehende Agrarministerkonferenz im nordrhein-westfälischen Münster hat die gastgebende Landesagrarministerin Schulze-Föcking angekündigt, die Diskussion darüber auf die Tagesordnung zu setzen. „In der Vielfalt der Ideen müssen wir sicherstellen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher den Durchblick behalten“, so die Ministerin. Sie halte ein bundeseinheitliches System für die beste Lösung. Die neue Bundesregierung hinkt derweil mit ihrer Koalitionsvereinbarung zur Einführung eines freiwilligen, zweistufigen Tierwohllabels den Entwicklungen hinterher. In ihrer ersten Rede vor dem Bundestag ließ Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner Ende März noch keine Reaktion oder veränderte Pläne hinsichtlich einer verpflichtenden Kennzeichnung der Haltungsform erkennen. Fleischvermarkter Dahlmann plädiert grundsätzlich dafür, die Zeichen der Zeit für eine deutlich bessere Tierhaltung zu nutzen. Daher sollten die Landwirtschaft, ihre Interessenvertretungen und Erzeugergemeinschaften die Chance nutzen, mit einer deutlichen Qualifizierung geplanter Kennzeichnungsstufen bessere Preise für bessere Qualitäten in bäuerlichen Strukturen durchzusetzen: „Sonst ist die Wahrscheinlichkeit nicht ganz gering, dass letztlich wie bei der ITW die Feilscherei beginnt, wie viel Cent für welche Maßnahme gezahlt wird.“ *cet*

Lidl sorgt für Verwirrung

Kurz vor Redaktionsschluss veröffentlichte der Discounter Lidl am 27. März brisante Neuigkeiten zu seinem „Haltungskompass“, der ab Anfang April Frischfleischprodukte der Eigenmarken kennzeichnen soll. Aus vier geplanten Stufen einer Haltungskennzeichnung werden nun kurzerhand indirekt sechs, die Bezeichnungen verändert und gemischt. Übersichtlichkeit ist etwas anders: Die für „Bio“ vorgesehene Stufe 4 entspricht den Vorgaben der EU-Öko-Verordnung – alternativ und als „Premium“ bezeichnet soll darunter jedoch auch alles mit höheren Tierwohlstandards als Stufe 3 fallen, was nicht Bio-zertifiziert ist. Die angekündigte Stufe 3 „Auslauf“ wurde umbenannt in „Außenklima“ und soll mehr Platz, gentechnikfreie Fütterung und Zugang zu Außenklimabereichen umfassen – alternativ werde die Stufe 3 jedoch auch als „Tierwohl Plus“ benannt bei „ beispielsweise einem signifikant höheren Platzanteil jedoch ohne Außenklimazugang“. Stufe 2 „Stallhaltung Plus“ ist weiterhin als Lidl-Mindeststandard priorisiert und soll mit mehr Platz sowie Beschäftigungsmaterial für die Tiere nachweislich von teilnehmenden Betrieben der Brancheninitiative Tierwohl stammen. Stue 1 „Stallhaltung“ bleibt für den gesetzlichen Standard vorgesehen. Gleichzeitig veröffentlichte greenpeace Umfrageergebnisse, die eine deutliche Forderung nach Orientierung für den Markt mit Tierwohlprodukten aufzeigen: Eine große Bandbreite an Handelsketten – darunter auch Lidl -, Gastronomieunternehmen ebenso wie die Erzeugerverbände für Schwein (ISN) und Geflügel (ZDG) in Deutschland wünschen sich demnach eine klare gesetzlich verpflichtende Kennzeichnung, aus welcher Tierhaltung Fleischprodukte stammen.

Keine Auswahl für Milchbauern

Die Insolvenz der Berliner Milcheinfuhr-Gesellschaft verschärft die Abhängigkeiten der Milchbauern

Es kam selbst für die über 1.000 Lieferanten überraschend und sozusagen über Nacht. Auch wenn vom Milchgeld für Februar nur ein geringer Teil ausgezahlt worden war, so hatte es dennoch seitens der Berliner Milcheinfuhr-Gesellschaft (B.M.G.) die Ankündigung gegeben, den gestundeten Betrag nachzuzahlen. Im März dann überschlugen sich die Ereignisse. Am 9. März meldete das Unternehmen Insolvenz an, kündigte jedoch gemeinsam mit dem Insolvenzverwalter an, die Milch weiter abzuholen. Aber schon vier Tage später kam das Signal, dass am nächsten Morgen keine Tankwagen mehr im Auftrag der B.M.G unterwegs sein würden. Die Banken hatten das Unternehmen offenbar nicht mehr weiter finanzieren wollen. Für die Betriebe ein Schock. Waren schon die ausbleibenden bzw. aufgeschobenen Milchgeldzahlungen eine betriebswirtschaftliche Herausforderung, kam jetzt noch die Suche nach neuen Abnehmern hinzu. Ganz unterschiedlich, so berichten Mitglieder aus den im ganzen Bundesgebiet, vor allem aber in Nord- und Ostdeutschland, beheimateten Milcherzeugergemeinschaften (MEG), wurde auf das Ende der Abholung reagiert. Manche MEGs haben sich demnach schnell aufgelöst, andere hingegen hat die Krise zur intensiveren Zusammenarbeit geführt. So berichtet Randy Aller von der MEG Rheinland-Pfalz/Saar, die unter dem Dach der Bayern-MEG organisiert ist, von einem kollegialen Zusammenrücken. „Am Dienstagabend bekam ich Bescheid, dass die Spediteure keine Deckung mehr von der B.M.G hatten“, so der Milchbauer aus Vielbach im Westerwald. Wer würde also am Folgetag die Milch abholen? „Wir haben dann direkt mit den Spediteuren telefoniert, die sofort bereit waren, auch ohne eine Deckung weiter für uns zu fahren.“ Die kommenden Wochen waren Stress pur, so Aller, denn die eingesammelte Milch musste ja auch verkauft werden. 60 Mio. kg pro Jahr sind in der MEG Rheinland-Pfalz/Saar gebündelt. Vermarktet wurde über den Spotmarkt zu 20 bis 24 Cent/kg. Abzüglich der aufgrund der Improvisation hohen Logistikkosten blieben davon voraussichtlich noch 16 bis 20 Cent. Jetzt sucht man nach langfristigen Lösungen.

Wohin mit der Milch

Bei vielen anderen MEGs oder auch einzelnen Betrieben dürfte es indes nicht so positiv weitergegangen sein. Offenbar sträubten sich viele Molkereien, die „freie“ Milch abzuholen. Erst engagierte Gespräche mit verschiedenen Landespolitikern führten dann zum Einlenken der Molkereien. In der Presseerklärung des Bundeslandwirtschaftsministeriums sieht das dann so aus: „Nach B.M.G-Insolvenz: Klöckner und Holzenkamp vereinbaren Milchübernahmen“. Für die Milchbauern sicher eine Erleichterung, verdeutlicht das aber auf der anderen Seite auch die Abhängigkeit der Lieferanten von den wenigen Molkereien. Es war eben nicht selbstverständlich, dass man eine Molkerei findet. Ganz unerwähnt bleiben die Lieferbedingungen. Gut möglich, dass hier besondere Konditionen ausgehandelt wurden. Auch die bei der B.M.G unter Vertrag stehenden Biomilcherzeuger haben Probleme, Abnehmer im Biobereich zu finden. Schon seit längerem nehmen die Biomolkereien keine neuen Lieferanten mehr auf, um den eigenen Markt nicht durch ein Überangebot kaputt zu machen. In der Vergangenheit war ein Großteil der Biomilch der BMG an die Gläserne Molkerei verkauft worden. Diese nutzt aber offenbar die Insolvenz des Vertragspartners, um auf dem Rücken der Bauern niedrigere Preise auszuhandeln und sich gleichzeitig von einem zu viel an Milch zu trennen.

Verantwortung

Das Scheitern der B.M.G sei ein „Ausdruck von Marktversagen“ so Bauernbund-Vorstand Hans-Jürgen Paulsen. Es habe wohl auch betriebswirtschaftliche Fehler gegeben, „aber letzten Endes ist die B.M.G. gescheitert am unseligen Zusammenwirken von staatlicher Marktintervention und monopolartigen Strukturen in der Molkereiwirtschaft“, so Paulsen. Ganz ähnlich argumentiert auch der Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM) und fordert von der neuen Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner, sich umgehend in Brüssel für die Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengendisziplinmaßnahmen einzusetzen. Dies hatten im Übrigen auch die Länderagrarminister auf ihrem Treffen im September von der Bundesregierung gefordert.

Einzige Alternative

Für viele Betriebe bot die Lieferung an die B.M.G eine Möglichkeit, der Vorherrschaft einzelner Molkereiunternehmen in ihren Regionen zu entkommen. Die B.M.G hat dadurch die durch einen über Jahrzehnte voranschreitenden Konzentrationsprozess entstandenen regionalen Monopole einzelner Unternehmen aufgebrochen und den Lieferanten eine Wahlmöglichkeit eröffnet. Der BDM ging in seiner Analyse noch einen Schritt weiter und wollte schon vor dem Insolvenzantrag der B.M.G nicht ausschließen, dass „die aktuell angespannte Marktlage von der Molkereiwirtschaft genutzt wird, um an der B.M.G. ein Exempel zu statuieren“. *mn*

Wohl dem, dessen Milch abgeholt wird Foto: DMK

Gt-Rechtserfolg

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat aktuell das Recht von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bestätigt, die Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen und Fragen bezüglich der gesundheitlichen Risiken gerichtlich überprüfen zu lassen. „Diese Entscheidung stellt einen Etappensieg dar, der das Vorsorgeprinzip in der EU stärkt“, so Christoph Then vom biotechnologiekritischen Institut Testbiotech. Im vorliegenden Fall geht es um eine Gentechnik-Sojabohne der Firmen Monsanto und Pioneer, die die Kommission zum Import nach Europa zugelassen hat. Dagegen hatten GeneWatch aus England und Testbiotech zunächst einen Antrag auf Überprüfung eingereicht. Die EU-Kommission behauptete, dass nach EU-Verordnung nur Umweltrisiken überprüfbar seien, nicht aber Risiken für die menschliche Gesundheit. Der EuGH hat eine solche Klage jetzt für zulässig erklärt, allerdings kann die Kommission noch in Revision gehen. Unklar ist, welche Beweislast die EU-Kommission für den Nachweis der Sicherheit der GV-Pflanzen trägt, aber auch, wie der EuGH im Falle einer Klage mit wissenschaftlich begründeten Einwänden umgeht. Rechtliches Neuland, es bleibt weiter spannend. *av*

Betonflut stoppen

Immer mehr landwirtschaftliche Flächen werden durch Bebauung zerstört

Bei 16 Hektar liegt der tägliche Flächenverbrauch in Bayern aktuell. Es sind vor allem landwirtschaftlich genutzte Flächen, Wiesen und Äcker, die im Umfeld von Gemeinden liegen und bei der Ausweisung von Gewerbegebieten, aber auch von neuen Wohngebieten, zu Bauland werden. Die Initiative „Betonflut stoppen“ fordert eine Reduktion des Flächenverbrauchs auf zukünftig nur mehr fünf Hektar täglich. Der bisherige Heimatminister und neue bayerische Ministerpräsident Markus Söder hört die Forderung nach einer landesweiten Obergrenze zumindest in diesem Zusammenhang nicht gerne und verweist auf das Wachstum in Bayern, das vielfach in den ländlichen Regionen stattfindet. Flächenausweisungen für Baugebiete sind aber Gemeindeangelegenheit, die zu erwartenden Gewerbeeinnahmen wiederum auch in deren Interesse. Verständlich, dass Söder versucht, sich aus der Schusslinie zu bringen, indem er behauptet, das geplante Volksbegehren richte sich gegen die Bürgermeister und Kommunen. Auch läge die täglich versiegelte Fläche nur bei zehn und nicht bei 13 Hektar, was allerdings unterschiedlichen Bemessungssystemen geschuldet ist.

Breites Bündnis

Die Initiative „Betonflut stoppen“ wird von den Grünen, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Bayern sowie der ÖDP getragen. Der Vorsitzende des BUND, Prof. Dr, Hubert Weiger, begrüßte das Vorgehen zur Reduzierung der Flächenversiegelung als „eine wichtige Initiative“. In einem ersten Schritt auf dem Weg zum Volksbegehren mussten die Initiatoren mindestens 25.000 Unterschriften von wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern sammeln. Anfang März überreichte man 48.225 und damit fast doppelt so viele Unterschriften. Während der Übergabeaktion vor dem bayerischen Innenministerium kommentierte Joseph Schmid aus dem Landesvorstand der AbL: „Grund und Boden sind die Basis unserer Landwirtschaft. Mehr als die Hälfte unserer Flächen sind Pachtland. Weitere, maßlose Verschwendung treibt die Pachtpreise ins Unerschwingliche. Wir Bauern tragen Verantwortung für den Boden als Lebensgrundlage auch zukünftiger Generationen. Er darf nicht weiter einer überholten Wachstumsideologie geopfert werden.“

Und jetzt?

Wie es weitergeht, beschreibt die Initiative auf ihrer Homepage: „Das (Innenministerium) hat jetzt bis zu sechs Wochen Zeit, unseren Antrag zu prüfen. Lässt das Innenministerium unser Volksbegehren zu, wird acht bis zwölf Wochen später die 14-tägige Eintragungsfrist angesetzt. (...) Verweigert das Innenministerium die Zulassung, wird unser Antrag automatisch an den bayerischen Verfassungsgerichtshof weitergeleitet. Der hat dann drei Monate Zeit für die Prüfung unseres Antrags.“ Eine hohe Hürde beim nächsten Schritt für ein erfolgreiches Volksbegehren ist die 14-tägige Eintragungsfrist, innerhalb der knapp eine Million Wahlberechtigte (genau zehn Prozent) in ihrem Rathaus unterschreiben müssten.

Auch in Hessen

Die Versiegelung immer weiterer Flächen ist in vielen Regionen Deutschlands zu beobachten. Jedem bekannt sind die vielen neuen Discounter, die ihre Märkte auf der grünen Wiese erstellen. Anlässlich der Planungen eines Logistikzentrums des Lebensmittelunternehmens REWE auf 30 ha bestem Ackerland in der Wetterau hat sich ein breites Bündnis aus AbL Hessen, Kirchen, Umwelt- und Naturschutzverbänden, dem Regionalbauernverband und der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald gebildet. Gemeinsam fordert man, den Flächenverbrauch, der in Hessen nach Aussage der Initiatoren bei 3,5 ha pro Tag liegt, zu reduzieren. Das Bündnis fordert einen neuen Umgang mit dem Wachstum, vor allem im Ballungsraum Frankfurt. Statt Flächenversiegelung für Logistikzentren fordern die Unterzeichner „Mehr Qualität als Quantität, kürzere Wege und kleinere, regionale Wirtschaftskreisläufe“. Während die landwirtschaftlichen Produktionsflächen immer mehr abnehmen, erfolgt gleichzeitig eine Intensivierung der Bewirtschaftung der verbleibenden Äcker und Wiesen. Nicht bebautes Land kommt damit immer mehr unter Druck. *mn*

48.225 Unterschriften wiegen schwer Foto: AbL-Bayern

Vorsicht bei Gentechnik

Der Schweizer Bauernverband (SBV) mahnte hinsichtlich der neuen Methoden des genom-Editings zur „notwendigen Vorsicht“. Es müsse sich erst zeigen, ob diese neuen Methoden tatsächlich die Erwartungen erfüllen, dass sie bspw. neue krankheitsresistente Sorten entwickeln könnten. Zudem sei nicht schlüssig erwiesen, dass die neuen Methoden keine unbeabsichtigten negativen Nebenwirkungen haben. Deshalb müsse bei den neuen Methoden die notwendige Vorsicht gewahrt werden, so Martin Rufer, Leiter des Departement Produktion, Märkte und Ökologie des SBV in einem Interview mit der BauernZeitung Ostschweiz / Zürich im Februar 2018. Es sei fahrlässig, einfach auf die neuen Verfahren zu hoffen, stattdessen sollte in gute bestehende Züchtungsmethoden investiert werden. Dem SBV geht es aber auch um das Vertrauen der Konsumenten in die einheimische Produktion. Es bringe nichts, mit den neuen Methoden Lebensmittel zu produzieren, die keiner will. Seien die neuen Methoden erst mal in der Schweiz, gäbe es kein Zurück mehr. Es gelte zu verhindern, dass die neuen Methoden einfach über die Hintertür eingeführt werden. *av*

GM Mais führt zu höherem Pestizideinsatz

Einer der wenigen US Bundesstaaten, in denen offizielle Zahlen zum Pestizidverbrauch in der Landwirtschaft veröffentlicht werden, ist Vermont. 2016 wurden in Vermont fast 90.000 kg Pestizide eingesetzt, eine Steigerung von 27 % innerhalb von drei Jahren. Das am häufigsten verwendete Herbizid war Glyphosat, aber auch Atrazin und 2,4-D wurden eingesetzt. Auf 37.000 ha Fläche wird GM Mais angebaut. Dass der Glyphosatverbrauch 2016 mehr als doppelt so hoch war wie noch 2014, hat jedoch vor allem mit Zwischenfrüchten zu tun, die vor der Maisaussaat im Frühjahr mit Herbiziden abgetötet werden. *ml*

Ernteverluste durch Hitzestress

Wissenschaftler an der University of California, Davis, gehen davon aus, dass durch den fortschreitenden Klimawandel bis 2050 die Ernteerträge in Kalifornien um 40 % zurückgehen werden. Für viele Baumarten sind sinkende Temperaturen im Winter der Auslöser für eine Wachstumspause. Fehlt eine ausreichende Zahl ‚Kältestunden‘ und der ‚Winterschlaf‘ ist zu kurz oder fällt ganz aus, setzt der Baum im folgenden Frühjahr deutlich weniger Blüten an, und die Erträge gehen zurück. Am härtesten betroffen sind Walnüsse, Aprikosen und Pfirsiche, die Mitte des Jahrhunderts vermutlich in Kalifornien überhaupt nicht mehr gedeihen werden. Bei Mandeln, Avocados, Kirschen, Trauben, Tomaten, Reis und Erdbeeren werden die Erträge stark zurückgehen. Eine andere kalifornische Klimastudie geht davon aus, dass bis zum Ende des Jahrhunderts die Hälfte aller Vegetation in Kalifornien absterben wird. Zu Hitzestress und Wassermangel, so die Forscher, kämen außergewöhnliche Ereignisse wie Waldbrände. *ml*

Kleines Mengenplus zieht Milchpreis nach unten

AbL-Milchtagung diskutiert Bündelung, Anforderungen an Molkereien sowie Chancen der Qualitätserzeugung

Schon kleine Mengenveränderungen können zu großen Preisschwankungen führen“, stellte Jens Schaps, Direktor für Märkte und Marktanalysen bei der EU-Kommission, Anfang März auf der Milchtagung von AbL, KLJB (Katholische Landjugendbewegung Deutschlands) und der Uni Kassel fest. Nach dem Jahr 2017 mit auskömmlichen Preisen und einer wieder zunehmenden Milchmenge rechne die EU-Kommission für 2018 mit einem Mengenzuwachs von EU-weit 1,4 Prozent. Aktuell seien weiter sinkende Preise zu erwarten. „Es hängt jetzt ganz davon ab, wie sich die Menge entwickelt“, sagte Schaps. Er rechnet aber nicht mit einer Dramatik wie im Jahr 2016. Der langjährige Kommissionsexperte riet den Bäuerinnen und Bauern, ihr Angebot viel stärker als bisher in Erzeugerorganisationen zu bündeln, um mit den Molkereien über Mengen, Preise und Qualitäten zu verhandeln. Die EU habe die Rechte hierfür zum Jahresbeginn nochmals erweitert (Omnibus-Verordnung). Die im Krisenjahr 2016 einmalig gezahlten Anreize zur freiwilligen Mengenreduzierung bezeichnete Schaps als „zielführender als das, was es vorher gab“. Es bleibe aber schwierig zu vermitteln, für ein Nichterzeugen Geld zu geben. Auffallend stark verwies Schaps auf die Marktinstrumente bei Obst und Gemüse. Hier nehmen anerkannte Erzeugerorganisationen eine zentrale Rolle ein. Die EU unterstützt sie unter bestimmten Bedingungen auch für die Produktionsplanung und Lagerhaltung.

Referenten der Milchtagung: Josef Jacobi, Onno Poppinga, Peter Hamel, Jens Schaps, Petra Müller, Peter Guhl, Ottmar Ilchmann Foto: Jasper

MEG Milch Board

Auch Peter Guhl, Vorsitzender der bundesweiten Milcherzeugergemeinschaft MEG Milch Board, hält die Bündelung der Milcherzeuger für notwendig. Allerdings behindere die EU die Bemühungen dazu bisher durch Ausnahmen für Molkereigenossenschaften. Guhl forderte, auch Genossenschaftsmitgliedern ein vollständiges Recht auf unabhängige Bündelung und auf einen schriftlichen Liefervertrag zu geben. Guhl sprach sich zudem für die Einführung einer flächendeckenden Pflicht zum Abschluss von Lieferverträgen aus, in denen jährlich vor der Lieferung Menge und Preis festgelegt werden. Hier sei auch die Bundesregierung gefordert. Erst durch eine starke Bündelung der Milcherzeuger und die generelle Pflicht zum Verhandeln könne ein Wettbewerb unter den Molkereien um die Rohmilch entstehen, erklärte Guhl. Heute variiere die Wertschöpfung aus der Milch unter den Molkereien erheblich, aber der Auszahlungspreis unterscheide sich kaum, wie Guhl anhand von Studienergebnisse zeigte. Die Folge sei nicht nur eine zum Teil mangelhafte Verwertung. Es fehle den Molkereien auch der Anreiz, bei unzureichenden Absatzmöglichkeiten den Milcherzeugern das Signal zur Mengenzurückhaltung zu geben.

Auch Molkereien gefordert

Ottmar Ilchmann, Milchsprecher der AbL, forderte die deutschen Molkereien auf, jetzt schnell solche mengenreduzierenden Anreize zu geben, wie sie die große niederländische Molkereigenossenschaft FrieslandCampina eingeführt habe. „Die Preissenkungen der Molkereien in den ersten Monaten 2018 von monatlich bis zu über 4 Cent je Liter treffen die Betriebe hart, denn sie haben noch mit den Folgen der letzten Krise zu kämpfen“, mahnte Ilchmann. Die Milchviehbetriebe seien sehr wohl in der Lage, kurzfristig die Menge zurückzunehmen. Das würden sie aber erst umsetzen, wenn das ein großer Teil der Kollegen ebenso handhabe. Dazu brauche es jetzt die Anreize der Molkereien. Mittelfristig forderte Ilchmann politische Instrumente zur Vermeidung preisdrückender Überschüsse, wie sie die EU 2016 zur freiwilligen Mengenreduzierung genutzt habe. Ein ausgeglichener Milchmarkt sei ein wichtiger Beitrag für eine tier- und umweltgerechte sowie menschenwürdige Milcherzeugung. Umgekehrt könne eine solche Milcherzeugung auch dazu beitragen, Mengen- und Preisschwankungen zu vermeiden. Als Beispiel dafür nannte er die Weidemilcherzeugung.

Heumilch bringt Mehrwert Petra Müller stellte auf der Tagung die Heumilch-Vermarktung der „Demeter Milch-Bauern Süd“ aus Baden-Württemberg vor. Die Gemeinschaft wurde 2013 als wirtschaftlicher Verein gegründet und erfasst und vermarktet heute zusammen rund fünf Millionen Liter Milch von 26 Demeter-Betrieben. Die Gemeinschaft betreibe keine eigene Molkerei, sondern lasse den Großteil der Milch von Molkereien im Lohn zu Trinkmilch und Joghurt verarbeiten und abfüllen, die an verschiedene Handelsunternehmen abgesetzt würden. Ein kleinerer Teil der Milch werde vor allem an kleinere Käsereien und Molkereien direkt als Rohmilch verkauft. Die Milchleistung der Kühe sei aufgrund der gras- und heubetonten Fütterung niedriger, aber das werde durch eine gute Tiergesundheit und einen höheren Erzeugerpreis ausgeglichen. „Wir sind wirklich froh, dass wir in die Heumilch eingestiegen sind“, so Müller.

A2-Milch besonders bekömmlich

Der Milchviehhalter und Wissenschaftler Dr. Peter Hamel aus dem hessischen Vogelsberg referierte über die Umstellung seiner Herde in einen reinerbigen A2-Milchviehbestand. Die so genannte A2-Milch unterscheide sich von der A1-Milch durch eine andere Aminosäuren-Zusammensetzung im Beta-Kasein der Milch, die vererbt werde. Früher hätten alle Rinderrassen A2-Milch gegeben, A1-Milch sei durch eine Mutation vor etwa 7.000 Jahren entstanden. Der Konsum von A2-Milch scheine für empfindliche Personen mit einer Milchunverträglichkeit bekömmlicher zu sein, so Hamel. Daher bilde sich mittlerweile ein eigener Markt für diese Milch heraus. In Australien und Neuseeland werde zunehmend auf A2-Milch gezüchtet, und auch in Deutschland untersuchten mittlerweile die ersten Besamungsstationen die Bullen und gäben die Ergebnisse bekannt. *uj*

Weidehaltung ist Wasserschutz

Auch zum Welttag des Wassers Ende März konnte Niedersachsen nur einmal mehr einen Anstieg der Nährstoffüberschüsse vor allem, aber nicht nur, in den viehdichten Regionen im Westen des Landes verkünden. Abhilfe soll der Masterplan des Agrar- und Ernährungsforum Oldenburger Münsterland (AEF) unter dem Vorsitz des ehemaligen Landwirtschaftsminister Uwe Bartels (SPD) schaffen. Bauernorganisationen, Landwirtschaftskammer und die Wasserwirtschaft sprechen sich für verschiedene Maßnahmen meist technischer Natur aus, um das Problem in den Griff zu bekommen. Neben mehr Lagerkapazität, Gülletourismus und geänderter Ausbringungstechnik wird immerhin auch darauf hingewiesen, dass man durch eine Teilnahme an der Initiative Tierwohl den Tierbesatz reduzieren könne und es dadurch auch zu einer Reduzierung von Wirtschaftsdünger komme. Allein der Wasserwirtschaftsverband betont den positiven Effekt der Weidehaltung: Als Mitglied des Grünlandzentrums unterstütze man auch zukünftig eine ökologisch nachhaltige, naturverträgliche Grünlandnutzung. „Nur eine wirtschaftliche Nutzung des Grünlands kann langfristig einen Beitrag zur Reduzierung der Stickstoffeinträge in die Gewässer leisten.“ *cs*

Eine Weideprämie für Schafe

Schäfer demonstrieren für einen finanziellen Ausgleich ihrer Leistungen

Mehrere Hundert Schäfer waren Anfang März nach Berlin vor die Tore des Bundeslandwirtschaftsministeriums gezogen, um für eine Weideprämie zu demonstrieren. „Wir brauchen diese Prämie, um unsere Existenz zu sichern. Es ist ernst. Viele Schäfer haben bereits ihren Beruf aufgegeben“, warnte Knut Kucznik, Vorsitzender des Schafzuchtverbandes Berlin-Brandenburg, vor dem Regierungsgebäude und wies auf die sinkenden Erlöse in der Branche hin. „Nur mit Schäfern können Landschaften gepflegt und die Biodiversität erhalten bleiben“, gab er zu bedenken. 38 Euro pro Mutterschaf, das ergaben die Auswertungen von Betriebsanalysen der Landesverbände und Beratungsringe, fehlen den Schäfern derzeit.

Möglichkeiten nutzen

Die Europäische Union hat ein Instrumentarium geschaffen, mit dem eine derartige „gekoppelte“ Zahlung auch in Deutschland eingeführt werden könnte. Hierfür müssen zwei Voraussetzungen erfüllt sein, erläutert Günther Czerkus vom Bundesverband der Berufsschäfer e. V., der die Demonstration in Berlin organisiert hat. Zum einen müssten die zu unterstützenden Betriebe in einer Situation sein, in der sie aus eigener Kraft nicht mehr fortbestehen können, und zum anderen müssen sie mit ihrer Arbeit Leistungen erbringen, die für die Region und/oder die Gesellschaft eine unersetzliche Rolle spielen, sogenannte übergeordnete Werte. Genutzt wird diese Möglichkeit in allen anderen 22 EU-Mitgliedsländern, die Schafe und Ziegen halten. Es geht oftmals um die Sicherstellung der Bewirtschaftung von Grenzertragsstandorten. In Deutschland wären dies Gebiete wie die Kalkmagerrasen der Schwäbischen Alb oder die Lüneburger Heide. Neben diesen großflächigen Naturräumen gibt es nahezu in jeder Region kleinräumige Biotope, die keiner landwirtschaftlichen Nutzung zugänglich sind. Genau hier sind die Schäfer diejenigen, die die Biotope vor der Verbuschung und damit vor ihrem Verschwinden bewahren. Eine zentrale Rolle haben Schafe auch bei der Pflege von Deichen entlang von Flüssen und an der Nord- und Ostseeküste. Der finanzielle Ausgleich für diese Leistungen ist oftmals gering. Auch die Preise für Lammfleisch sind nicht ausreichend, um die Existenzen nachhaltig abzusichern. Nach den Vorstellungen der Berufsschäfer soll die Prämie mit Geld aus der ersten Säule finanziert werden. Um ca. 2,30 Euro würde der Wert der Zahlungsansprüche sinken, wenn für jedes Mutterschaf 38 Euro gezahlt würden, berichtet Czerkus. Für die erste Säule spricht, dass die Umsetzung schnell, schon für kommendes Jahr, erfolgen könnte.

Ideologie der Entkopplung

Könnte wohlgemerkt. Denn das Bundeslandwirtschaftsministerium hat schon signalisiert, dass es nichts von gekoppelten Prämien hält. Im Ernährungsausschuss des Bundestages warnten denn auch der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Albert Stegemann, und der zuständige Berichterstatter Hermann Färber vor einer Einführung. Man solle weiter an einer „Marktorientierung der Landwirtschaft“ festhalten. Zu beachten sei auch, dass die Schafhalter schon Gelder durch die Betriebsprämie sowie durch Förderprogramme der zweiten Säule erhielten. Letztendlich erhielten die Schafhalter viel mehr Gelder als zu Zeiten der Mutterschafprämie. Im Bundeslandwirtschaftsministerium ist man darüber hinaus in Sorge, die Einführung einer derartigen Prämie könnte Begehrlichkeiten in anderen Bereichen der Landwirtschaft wecken. Auch wenn eine Umsetzung durch das Bundesministerium einfach wäre, sieht es derzeit nicht danach aus, dass dieses bis Anfang August einen entsprechenden Antrag nach Brüssel schickt. Dennoch müssen die Probleme der Schäfer weiter thematisiert werden. Schon im vergangenen Jahr hat sich die Agrarministerkonferenz auch auf Betreiben Hessens mit der Einführung einer Weideprämie beschäftigt. mn

Ihrer Forderung nach einer Weideprämie verlieh das Agrarbündnis Niedersachsen, ein Zusammenschluss aus Bauern-, Natur- und Tierschutz sowie Verbraucherorganisationen, mit Kuh Diadem und schwarzen Schafen von AbL- und Biohöfen vor dem niedersächsischen Landwirtschaftsministerium Nachdruck. Vor der zahlreich versammelten Presse wurde Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast (CDU) ein offener Brief überreicht (www.abl-ev.de/presse). Sie sagte zu, nach finanziellen Wegen zu suchen, auch vor dem Hintergrund, dass ihr seit einigen Wochen aus ganz Niedersachsen eine Postkarte für die Weideprämie zugehe, welche die Bedeutung und die Dringlichkeit unterstreiche. Foto: Volling

Steinhoffs Möbel und Steinhoffs Acker

Der Möbelkonzern Steinhoff will die AbL per Unterlassungsaufforderung dazu verpflichten, nicht länger einen Zusammenhang zwischen der in finanziellen Schwierigkeiten steckenden Möbelkette und dem Besitz von rund 20.000 ha Ackerland der Steinhoff-Familienholding herzustellen. Die AbL hatte in einer Presserklärung auf den Umstand hingewiesen, dass ähnlich wie bei der KTG-Pleite Landverschiebereien unter Kapitalanlegern drohten. Die AbL ging in die Offensive und klagt ihrerseits, weiterhin einen Zusammenhang zwischen Familie Steinhoff, deren Ackerlandbesitz und dem Möbelkonzern herstellen zu dürfen. Es gehe laut AbL darum, auf die rechtlichen und politischen Ungerechtigkeiten im Zusammenhang mit außerlandwirtschaftlichen Investoren als Großgrundbesitzer aufmerksam zu machen: So müssen Investoren keine Grunderwerbsteuer zahlen, wenn sie nur 94,9 % eines Agrarunternehmens erwerben, während jeder Bauer der "nur" Land erwirbt, diese Steuer entrichten muss. Außerdem spülten die unqualifizierten EU-Agrarzahlungen aus Brüssel für jeden Hektar knapp 300 Euro auch in die Kassen von Industriellen, die unter Umständen noch nicht einmal darauf angewiesen sind, auf den Flächen Gewinne zu erwirtschaften. Die Steinhoffs allerdings müssen sich vielleicht doch bald auf erfolgreiches Ackern verlegen – die deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, die regelmäßig Unternehmen listet, die am Aktienmarkt schlecht abschneiden, hat den Möbelkonzern Steinhoff gerade auf den Platz 1 der deutschen Kapitalvernichter gesetzt. *cs*

Bauernrechte beim Frühstück

Am 22. März 2018 fand in den Räumen des Deutschen Bundestags eine morgendlichen Diskussion zur „UN-Erklärung der Rechte von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten“ statt. Eingeladen hatte Uwe Kekeritz, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und entwicklungspolitischer Sprecher der Grünen. Die Notwendigkeit für eine solche Bauernrechtserklärung stellten Henry Saraghi, Vorsitzender des indonesischen Kleinbauernverbands Serikat Petani Indonesia (SPI) und Co-Initiator der UN-Erklärung der Bauernrechte, Paula Gioia, Vertreterin der AbL sowie Gertrud Falk von FIAN Deutschland dar. Diskutiert wurde dann unter Beteiligung von 12 entwicklungspolischen bzw. bäuerlichen Verbänden vor allem über die Positionen Deutschlands und der EU im UN-Menschenrechtsrat und darüber, wie der Deutsche Bundestag zur Stärkung der Bauernrechte beitragen kann. Der UN-Menschenrechtsrat hat 2012 beschlossen, die Bauernrechte durch eine Menschenrechtserklärung zu stärken. Vom 9. bis 13. April 2018 findet dazu die fünfte und voraussichtlich letzte Verhandlungsrunde in Genf statt. Danach wird über die Erklärung abgestimmt - im September 2018 könnte sie von der Generalversammlung der UN in New York angenommen werden. *cet*

RWE bockt gegen „Klimaklage“

Der Energiekonzern RWE scheitert mit erneuten Versuchen, die Beweisaufnahme zur sogenannten „Klimaklage“ abzuwenden. Der peruanische Bergführer und Kleinbauer Saúl Luciano Lliuya hat mit Unterstützung von Germanwatch in Deutschland Klage gegen den Konzern eingereicht. RWE sei durch erhebliche Beiträge zu den menschlich verursachten Treibhausgasemissionen mitverantwortlich für den Klimawandel und dessen Folgen, die Lliuyas Heimatregion Huaraz akut mit Überschwemmung durch einen Gletschersee bedrohen. Das Oberlandesgericht Hamm hatte im November die Beweisaufnahme angeordnet. Die Aussage der Richter ist bedeutend: Großemittenten von Treibhausgasen wie RWE könnten grundsätzlich für Schutzmaßnahmen gegen Klimaschäden verantwortlich gemacht werden. In einem ersten Schritt sind nun geeignete Gutachter und Arbeitsaufträge festzulegen, die die vorgebrachten Zusammenhänge von Treibhausgasemissionen, Klimawandel, dessen Auswirkungen und dem anschwellenden Gletschersee untersuchen sollen. Germanwatch rügte in einer Pressemitteilung, dass RWE bisher keinerlei Bemühungen zeige, sich auf Gutachter zu einigen. Stattdessen verzögerten die RWE-Anwälte das Verfahren mit mittlerweile zwei Versuchen, den Beweisbeschluss anzufechten. Von den Hammer Richtern wurden die „Gegenvorstellungen“ unmissverständlich zurückgewiesen. *cet*

„Wir sind die Zukunft, nicht Vergangenheit“

In der Woche vor Ostern protestierten die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Campact, Meine Landwirtschaft und das Forum Umwelt und Entwicklung (FUE) vor dem Bundeswirtschaftsministerium in Berlin gegen das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den lateinamerikanischen Mercosur-Staaten. Jungbäuerin Anja Hradetzky vom Hof „Stolze Kuh“ hat mit ihrer Färse Omega an der Aktion teilgenommen. Sie sagt: „Wir sind die Zukunft, nicht die Vergangenheit. Deshalb darf es solche Handelsabkommen wie mit den Mercosur-Staaten nicht geben. Es ist ein Unterschied, ob die Tiere auf der Weide gehalten werden, oder Fleisch in Mastanlagen und unter Abholzung der Wälder produziert wird.“ Es sei jetzt notwendig, das Konzept der Ernährungssouveränität nach vorne zu stellen. Diese Aktion folgte einem erfolgreichen Appell „Billigfleisch in Massen? Stoppt Mercosur“, bei dem sich innerhalb von zwei Wochen 218.000 Menschen gegen das Abkommen mit den Mercosur-Ländern ausgesprochen haben und Bundeskanzlerin Angela Merkel und den neuen Wirtschaftsminister Peter Altmaier auffordern, Mercosur eine klare Absage zu erteilen. „Wir sagen Ja zu fairem Welthandel und zu einer Reform der EU-Agrarpolitik“, sagt Berit Thomsen von der AbL: „Damit in Europa, Brasilien und in anderen Ländern dieser Welt bäuerliche Weidehaltung gestärkt wird, Menschenrechte geachtet und Sklavenarbeit verhindert wird, damit der Hunger bekämpft wird und damit junge Bäuerinnen und Bauern eine Zukunft haben.“ *mn*

Syngenta muss US-Landwirte entschädigen

Nach jahrelangem Rechtsstreit und anschließender Verhandlung haben der Schweizer Agrarkonzern Syngenta und klagende US-Farmer einen Vergleich geschlossen. Syngenta zahlt 1,5 Mrd US-Dollar in einen Fonds ein. Daraus sollen ab 2019 mehrere Zehntausend US-Landwirte, Getreidehändler und Ethanolhersteller entschädigt werden, die durch die verfrühte Markteinführung der Gentechnik-Maissorte „Viptera“ starke Umsatzeinbußen hatte. 2011 hatte Syngenta Viptera-Maissaatgut verkauft und behauptet, dass eine Importgenehmigung durch China unmittelbar bevor stehe. Diese hatte China aber erst Ende 2014 erteilt. China wies 2013 insgesamt 1,45 Millionen Tonnen US-Mais zurück, weil er mit Viptera verunreinigt war. Betroffen waren nicht nur die Farmer, die Viptera-Mais anbauten, weil in der Folge der Zurückweisung aus China auf dem gesamten Maismarkt die Preise drastisch einbrachen. Den entstandenen Schaden bezifferten die US-Farmer auf mehr als vier Mrd Euro. Syngenta soll sich auch mit dem Agrarhändler ADM auf einen Vergleich verständigt haben, die Summe wurde nicht genannt. Offen ist noch eine Klage des Agrarhändlers Cargill, die im kommenden September verhandelt werden soll. *av*

Landbesetzung in Andalusien

Räumung eines von Landarbeitern besetzten Landgutes steht bevor

Am 1. April vor einem Jahr hatte die andalusische Gewerkschaft SAT das Landgut „Cortijo del Aquardentero“ besetzt und ihm den Namen „Cerro Libertad“ (Hügel der Freiheit) gegeben. Das Grundstück liegt 4 km von der Stadt Jaen entfernt und ist im Besitz der Großbank BBVA. Auf den 75 Hektar Land stehen ausschließlich Olivenbäume. Seit der Übernahme durch die Bank wurden die Bäume nicht mehr gepflegt, dennoch bezieht die Bank jährlich die Agrarsubventionen der EU für die Fläche. Rund 150 Landgüter wie dieses sind allein in der Provinz Jaen im Besitz der BBVA. Die Landbesetzer sagen dazu: „Wenn die herrschende Regierung die bestehenden Gesetze anwenden würde, hätte die Regierung von Andalusien bereits von dem Gesetz für eine Landreform Gebrauch gemacht, die Bank enteignet und die mehreren tausend Hektar den Landarbeitern und Gemeinden zur Verfügung gestellt.“ Die Provinz Jaen steht mit 31 Prozent Arbeitslosigkeit an der Spitze Europas. Es herrscht Hunger in den Landarbeiterfamilien. Anstatt das brachliegende Land an sie zu verteilen, hat die Provinz Andalusien sich an das Welternährungsprogramm der UNO gewendet, um mit Nahrungsmitteln die Not vor Ort zu lindern. Rund 6.000 Tonnen Lebensmittel werden jährlich allein in Jaen an die Arbeitslosen verteilt. Ein trauriges Ergebnis jahrelanger EU-Agrarpolitik. „Seit einem Jahr kämpfen wir auf der Cerro Libertad gegen das Landgrabbing der Bank und dessen Duldung durch die Behörden. Ohne jede Vergütung und solidarisch untereinander bearbeiten und pflegen wir dieses verlassene Land, das an sich uns gehört. Heute wird uns mit der Räumung gedroht. Gestützt auf ein Gerichtsurteil vom Juni 2017 hatte ein Richter die Räumung von Cerro Libertad auf den 19. März verfügt.“ Als Antwort darauf riefen die Besetzer zum Widerstand auf. An dem Protestmarsch am 17. März vom Sitz der Bank in Jaen zu Cerro Libertad beteiligten sich rund 500 Personen aus der Region, aber auch Unterstützer aus verschiedenen europäischen Ländern. Der Termin für die Räumung wurde daraufhin auf den 2. April verschoben, offenbar in der Erwartung, dass die Unterstützer bis dahin wieder abgereist seien. Die Besetzer hoffen, dass viele Menschen in Europa sie mit Protestbriefen an die andalusische Regierung, Publikationen oder einem Besuch vor Ort unterstützen. Sie befürchten, ohne eine europäische Öffentlichkeit dem derzeitigen brutalen Vorgehen der spanischen Regierung gegen die sozialen Bewegungen ausgesetzt zu sein. Die Abgeordnete im Europaparlament, Maria Heubuch (Die Grünen), wird mit ihrem spanischen Kollegen eine Anfrage an die EU-Kommission richten, um die Vergabe von Agrarsubventionen an die spanische Bank zu hinterfragen.

Jürgen Holzapfel,
Hof Uhlenkrug, Mecklenburg-Vorpommern

Landbesetzer von „Cerro Libertad“ im Widerstand gegen Räumung Foto: Cerro Libertad

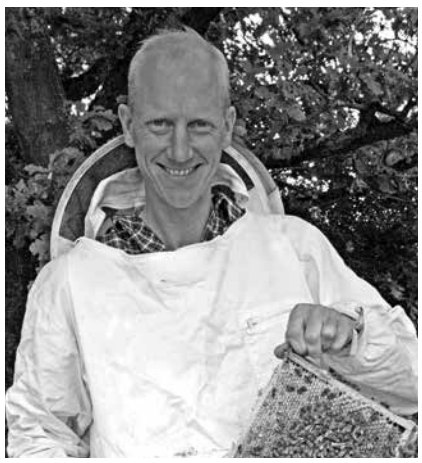
Ein Hirtenleben

Betriebsspiegel:

Bayrische Rhön;
170 Ziegen;
60 ha Grünland,
davon 20 ha Wiese, einschürig,
40 ha Hutung extensiv;
2 Hunde, 2 Pferde,1 Kater

Es sind für mich die Momente der nonverbalen Zwiesprache mit einem einzelnen Tier oder auch mit der Herdenseele. Es ist der Wind im Gesicht, es sind die Treuebeweise der Herde in haarigen Situationen. Es ist die Verbindlichkeit, die mich zusammenhält, wenn anderes scheinbar keinen Halt mehr gibt. Die Herausforderungen der Arbeit zeigen mir meine Schwächen, aber auch meine Stärken. Ich kann mir keine andere Tätigkeit vorstellen, die mich so prägen und erziehen könnte. Hirtin-Sein ist eine Lebensschule. Meine Tiere und die Natur sind meine Begleiter und ich der ihre. Begonnen hat alles vor 30 Jahren als Praktikantin auf Höfen in Schleswig-Holstein: Kühe melken, Käse machen, Schweine und Ackerbau, dann eine Schnuckenschäferei. Nach Lehre, Praxisjahren und Meisterqualifikation folgte die Selbständigkeit. Mit den Schwerpunkten Landschaftspflege, Naturschutz und natürlich Fleisch, Wurst und Felle wechselte ich von den Schafen zu Ziegen und baute eine knapp 500 Kopf starke Herde auf. Die Supermarktkette Tegut nahm mir die Bioland-Lämmer damals ab. Mehrere aufeinanderfolgende, unsägliche Ereignisse auf dem Schlachthof haben bei mir zu einer massiven Weichenstellung geführt. Ich konnte und wollte die Verantwortung nicht mit dem Zuklappen der Transportertür abgeben. Seitdem liefere ich kein Fleisch mehr, meine Herde ist auf 170 Ziegen geschrumpft und wir pflegen die Landschaft im Sinne von Gehölzreduktionen auf extensiven Standorten in der Rhön. Für den Frieden der Herde zu sorgen, das ist mein Auftrag und dies ist umfänglich zu verstehen. Es bedeutet, über die wirtschaftlichen Umstände und über Eckdaten des Betriebes hinaus zu denken, zu fühlen und zu handeln. Es bedeutet, die Bedürfnisse der Tiere, im Einzelnen und als Herde, wahrzunehmen. Frei von dem, was mir gerade so genehm ist oder was der Naturschutz gerade fordert, wie beispielsweise das Pflegeziel auf einer Fläche. Es gibt immer eine gemeinsame Schnittmenge von dem, was die Herde mag und dem Ansinnen des Naturschutzes – die muss ich finden. So stehe ich auch vor meiner Herde beim Thema Wolf. Den Wolf mag ich sehr, wie alles Wilde. Er könnte ja in den Wäldern jagen, das ist sein Recht und ich würde mich über seine Anwesenheit freuen. Wie bei dem Luchs, den ich bei einem Ansitz auf Sauen belauschen konnte. Vermutlich war er es auch, der mir eine Ziege riss. Ich blieb einige Nächte draußen und er kam nie wieder. Als Kulturflüchter hält er Störung nicht aus. Anders als der Wolf. Dieser lernt Störungen einzuordnen und macht viele Versuche, um doch zum Ziel zu kommen. Die bestehenden Konzepte sind im Ernstfall bislang überwiegend gescheitert. Und was mich besonders traurig dabei macht, ist die Unwissenheit der Wolfs-Idealisierer, was meine Not als Hirtin angeht. Not nicht wegen des wirtschaftlichen Schadens, sondern aufgrund der Verbundenheit mit den Tieren und den daraus folgenden Verpflichtungen. Der Frieden meiner Herde ist nicht verhandelbar, nicht mit Behörden und nicht mit dem Wolf. Wem das als aggressive Haltung anmuten mag, dem sei gesagt, dass eine klare Grenzziehung im Vorfeld Übergriffe verhindern kann und meistens erfolgreich unterbindet. Das gilt im Persönlichen wie im Betrieblichen. Für mich wie auch für viele andere Hirten gibt es eine kleinere innere Grenze und den größeren Kreis, der um die Herde gezogen ist. Diese äußere Grenze gehört zum Hirten. Ein Übergriff ist persönlich zu sehen und entsprechend zu behandeln. Meine persönliche Unversehrtheit verhandele ich ja auch nicht. Das bedeutet für mich nicht, jede Herausforderung (neue Kriterien zum Tierwohl, erschwerte Bürokratie, Düngeverordnung etc.) als Kampfansage einzustufen und ihr kompromisslos zu begegnen. Es bedeutet, alles abzuwägen und sich am Ende treu zu bleiben. Vielleicht helfen meine ernst gemeinten Rituale und Zwiegespräche mit den wilden Gesellen. Ich hoffe es, für den Wolf, die Herde und für uns alle, die sich verbunden fühlen – mit der Natur, den Nutztieren, den Bäuerinnen, Bauern, Hirten und Hirtinnen.

Elisabeth Sandach,
97647 Stetten



Ich will raus!

Purple Schulz hat das mal vor knapp 20 Jahren gesungen. Es klang wie ein Schrei nach Freiheit. Ein trauriger Songtext. Passt eigentlich so gar nicht zu meiner Lebenseinstellung. Und doch ist da dieser AUFSCHREI: „Ich will raus!“ Den kenne ich auch. Meine Sehnsucht nach der kleinen Insel. Alles hinter sich zu lassen. Ungestört machen zu können. Der Traum vom kleinen Hof, inmitten arrondierter Felder. Am besten mit Wald außen rum. Ohne viele Nachbarn. Keine Abhängigkeiten, ausreichend zu essen, immer gesund. Klar, ich hätte Tiere. Vielleicht 'ne Katze wie Pettersson. Wahrscheinlich Schafe, so wie jetzt. Und 'ne Kuh für Milch und Käse. Frau und Kinder, „ Haus am See“, so richtig aussteigen, seinen Traum leben. Vielleicht könnte ich es schaffen, einen Platz zu finden, an dem ich mich für die nächsten 30 Jahre zurückziehen kann, ohne dass irgendwer eine Bahntrasse, Autobahn oder ähnliches in unmittelbarer Nähe plant. Ich würde einfach die Augen zumachen, keine Zeitung mehr lesen, nicht mit anderen Menschen reden. Einfach vor mich hin leben. An dieser Stelle werde ich immer wieder stutzig und habe das Gefühl, gerade so meinen Traum vom Leben erst recht zu verraten. Denn es würde doch auch so viel fehlen ohne den Austausch, das „Sich in die Gedanken treiben“ und die Suche nach neuen Wegen. Also bleibe ich hier. Folge der Einladung des Landwirtschaftsamts und höre mir den Vortrag über die neuen Aufzeichnungspflichten der Düngeverordnung an. Ringe mit meinem Nachbarn, meistens nur in meinem Inneren, der einen Stall für 600 Kühe bauen will. Und gebe mich den unaufhaltsamen Entwicklungen gegenüber geschlagen? Ja! Unaufhaltsam kommen derzeit bei uns Lämmer auf die Welt. Jeden Tag. Meistens Zwillinge. Kaum haben sie den ersten Atemzug gemacht, versuchen sie aufzustehen und suchen die Zitzen ihrer Mutter. Das ist nicht immer unproblematisch, weil man sich im Stall auch verlaufen kann als kleines Lamm und einen die eigene Mutter dann nach einiger Zeit nicht mehr als ihres erkennt. Mein Job, hier unterstützend tätig zu werden und Verwirrungen zu verhindern. Futter, Wasser geben und mindestens bei den Drillingen schauen, ob die Muttermilch auch für alle reicht oder ich das Fläschchen einpacken muss. Das ist vor allem körperliche Arbeit, aber auch Erholung für den Kopf. Ganz anders als beim Ausfüllen des Agrarantrags, der Auseinandersetzung mit der anstehenden Agrarreform und dem Flächendurst der Wachstumsbetriebe. Das ist selbstbestimmtes Arbeiten, auch wenn es nicht immer leicht fällt, mitten in der Nacht bei Minusgraden noch mal zum Stall zu fahren. Selbstbestimmtes Arbeiten ist es aber auch, die Entwicklungen in der Landwirtschaft mit zu beeinflussen. Unaufhaltsamen Entwicklungen den Weg zu bahnen. Unser Kreis hat gerade eine Bewerbung zur Ökomodellregion abgegeben. Mehr Regionalität, mehr ökologische Betriebe und Wissensvermittlung über eine nachhaltige Landwirtschaft sind als Ziele formuliert. Forderungen, die auch von vielen Zehntausenden immer wieder in Berlin vorgetragen werden, die zu Bewegung bei Wissenschaft und Politik geführt haben. Im April gibt es einen Vortrag über Solidarische Landwirtschaft und derzeit erarbeitet der Landschaftspflegeverband im Main-Kinzig-Kreis gemeinsam mit und für die Schäfer ein Konzept zum Erhalt artenreichen Grünlands in der Region. So vieles ist im Umbruch, hier im Kleinen, aber auch im Großen. Dabei ist die Bewegung nicht immer positiv ausgerichtet. Sie braucht Vorgaben, nicht selten Gegenhalten, manchmal auch Querstellen. Genau diese Auseinandersetzung, die manchmal so schmerzlich sein kann, würde mir fehlen, zöge ich mich einfach zurück. „Ich will raus“ drückt ihn aus, den Erkenntnisschmerz falscher Entwicklungen, und ist doch gleichzeitig der beste Antrieb. Vielleicht bin ich gar nicht so weit entfernt von meiner Insel, auch wenn der See nur der Dorfteich ist und die Kinder meiner Frau schon aus dem Haus sind.

Marcus Nürnberger,
36381 Schlüchtern

Betriebsspiegel:

40 ha, davon 10 ha Acker, 20 ha Streuobstwiesen;
80 Rhönschafe, unzählige Lämmer,
wenige Hühner und 15 Bienenvölker

„Wir müssen differenziert betrachten!“

Hubertus Paetow ist seit Februar 2018 Präsident der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft

Unabhängige Bauernstimme: Sie haben in bewegten Zeiten das Präsidentenamt der DLG übernommen. Vergangenes Jahr hat die DLG in ihren zehn Thesen formuliert, dass Zielkonflikte zwischen Tierschutz, Tiergesundheit und Ökonomie nicht vollständig aufgelöst werden können. Dies müsse im gesellschaftlichen Diskurs geklärt werden, wie sollte dieser Diskurs aussehen?

Hubertus Paetow: Wir wollen nicht nur einen Diskurs, sondern einen rationalen Prozess, weil wir das Gefühl haben, dass genau das bislang eher zu kurz gekommen ist. Wir müssen ein Bewertungssystem entwickeln und dort, wo etwas verbesserungswürdig ist, Maßnahmen daraus ableiten. Lassen Sie mich ein Beispiel aus der Tierhaltung nennen: Durch die umfangreiche Erfassung von Daten der Schlachtkörper im Schlachthof wissen wir, dass 92 bis 93 % der Schweine unversehrt dort ankommen. Unser Ziel muss aber sein, dass wir Schweine so halten, dass sie möglichst alle gesund am Schlachthaken landen. Nun haben wir hier schon ein Bewertungssystem. In anderen Bereichen sieht das anders aus. Nehmen sie nur den Schwund an Biodiversität. Da müssen wir mit der Gesellschaft, mit allen Beteiligten gemeinsam etwas verbessern.

Welche Aufgabe muss hier die neue Landwirtschaftsministerin übernehmen?

Politik muss solche Prozesse moderieren und dort eingreifen, wo sich die gesellschaftlichen Diskussionsgruppen festgefahren haben und nicht mehr weiterkommen. Im Hinblick auf das Thema Biodiversität sind weitere Analysen notwendig.

Aber sind wir nicht schon weiter? Wir wissen, es gibt einen Artenschwund.

Natürlich, ich will ja auch handeln, ich will nicht anzweifeln, dass wir einen Biodiversitätsverlust haben. Ich muss aber nicht genau wissen, wer verantwortlich ist. Ich muss wissen, was man dagegen tun kann. Momentan habe ich so meine Zweifel, wenn es um die Bewertung von Maßnahmen geht und als einziger Punkt der Glyphosatverzicht auftaucht. Dass ein Totalherbizid einen Anteil am Biodiversitätsverlust hat, liegt sicher in der Natur der Sache. Ob aber ein kompletter Verzicht darauf wieder zu mehr Biodiversität führt, bezweifele ich. Denken Sie einmal an den Erosionsschutz. Im Frühjahr kann auf einem Lößlehmstandort im Harz Glyphosat die nachhaltigste Lösung sein. Zwischen der Ernte und Weihnachten fällt mir keine vernünftige Anwendung ein. Ich möchte, dass wir diese Fragen viel stärker differenziert betrachten.

Da kommen wir auf die Ackerbaustrategie, die jetzt in aller Munde ist. Was gehört für Sie zwingend da hinein?

Neben Fruchtfolge, Saatzeitpunkt, naturverträglichen Verfahren etc. würde ich den integrierten Pflanzenbau in der Landwirtschaft wieder stärker ins Spiel bringen. Eigentlich waren in dem Konzept, was ja den chemischen Pflanzenschutz nur als Ultima Ratio beinhaltet, alle wesentlichen Aspekte eines nachhaltigen Ackerbaus verankert. Wir Landwirte haben es leider zu wenig verinnerlicht und uns über die Jahre ein Stück weit davon entfernt. Jetzt muss man den integrierten Pflanzenbau in die Zeit einpassen und vorhandene digitale Werkzeuge integrieren.

Wie es scheint, sind die einfachen, im Wesentlichen an ökonomischen Faktoren ausgerichteten Systeme am Ende angekommen. Resistenzen bei Unkräutern und Krankheiten fordern neue Lösungen, oder?

Das ist eine Frage, die sich von selbst beantwortet. Und das nicht nur, weil man in bestimmten Regionen vor fast unlösbaren Schwierigkeiten mit Ackerfuchsschwanz steht. Auch in meiner Region, in der es – noch – kaum Probleme gibt, mache ich mir aber im Vorfeld Gedanken. Ich glaube auch nicht, dass wir den Ackerbau nur an ökonomischen Gesichtspunkten ausgerichtet haben. Wir haben aber die kurzfristigen ökonomischen Vorteile überbewertet. Wenn ich eine Fruchtfolge ausschließlich nach dem direkten Erlös der jeweiligen Kultur betrachte, ist das nur die halbe Wahrheit, weil ich langfristig durch Resistenzen mit einer höheren Herbizidanwendung und ganz langfristig unter Umständen mit nicht mehr stattfindendem Weizenanbau rechnen muss. Aber da ändert sich gerade etwas, Fruchtfolge ist in der Beratung ein großes Thema. Wir kommen gegenwärtig bereits weg von den ganz einfachen Fruchtfolgen. Bei diesen Veränderungen muss man aber auch die Vermarktung im Auge haben.

Gibt es auch einen Bedarf, in Ausbildung und Wissenschaft etwas zu ändern?

Paetow bewirtschaftet 1.300 Hektar Acker und hält Mastschweine in Mecklenburg Foto: DLG

Als ich meine Ausbildung und Studium Anfang bis Mitte der 1990er Jahre gemacht habe, war gefühlt der wesentliche Impuls der, dass die Landwirtschaft sich ökonomisieren, ja, ihre Rückständigkeit überwinden soll. Vielleicht sind wir über das Ziel hinausgeschossen mit der ökonomischen Optimierung. In den 70er Jahren wäre niemand auf die Idee gekommen, nur Raps und Weizen anzubauen. Wir brauchen wieder mehr Denken in Prozessen.

Eine Möglichkeit der Veränderung ist politische Steuerung. Die GAP nach 2020 steht an. Es gibt Stimmen, die eine Anbindung der Gelder an konkrete gesellschaftliche Leistungen fordern, die die Landwirtschaft erbringen soll. Die AbL hat dazu beispielsweise ein Punktepapier entwickelt.

Man sollte nicht die Einkommen stabilisierende Wirkung der Agrarsubventionen übersehen. Generell bin ich aber dafür, dass etwas Messbares entwickelt wird, an dem die Betriebe bewertet und Zahlungen festgemacht werden können. Ob das nun Punkte sind oder die Nachhaltigkeitsstandards der DLG, solche Ansätze gehen jedenfalls in die richtige Richtung. Wichtig ist, dass Ziele mit messbaren Größen hinterlegt werden. Dadurch kann dann auch jeder Standort nach seinen Möglichkeiten handeln. So gibt es beispielsweise Regionen, in denen Schläge sowieso eher klein sind. In meiner Region hingegen ist sicher sinnvoll, das eine oder andere Landschaftselement zu etablieren.

In der Tierhaltung entwickelt gerade die Debatte um eine verpflichtende Haltungskennzeichnung eine neue Dynamik. Ist das ein mögliches Instrument, um die oben erwähnten Zielkonflikte aufzulösen?

Potenziell ja. Es ist richtig, Transparenz für Verbraucher zu schaffen. Die Arbeit geht aber erst los bei der Frage, wie wir bewerten und klassifizieren. Da kommt es darauf an, dass wir gut sind, wenn es beispielsweise darum geht, bis zu welchem Grad ein Stallsystem artgerechtes Tierverhalten ermöglicht. Da können wir als DLG Expertise anbieten. Wir testen z. B. schon seit Jahren Bodenbeläge für die Rinderhaltung auf das Abliegeverhalten und Gelenkverletzungen.

Veränderungen in der Tierhaltung kosten Geld. Wie lässt sich gewährleisten, dass am Ende nicht die Bäuerinnen und Bauern auf ihren Mehrkosten sitzen bleiben?

Am Ende müssen sie das zahlen, wenn Rahmenbedingungen neu gesetzt werden. Allerdings könnte man Investitionsmaßnahmen besser ausstatten mit Blick auf intelligente Systeme, die effizient und nachhaltig sind und möglichst geringe laufende Kosten verursachen.

Welchen Beitrag kann die Digitalisierung bei all den anstehenden Veränderungen leisten?

Ich halte die Digitalisierung nicht wirklich für disruptiv, obwohl sie häufig so dargestellt wird. Ich sehe sie eher als Weiterentwicklung von bereits vorhandenen Verfahren, also ein Aufstocken des Werkzeugkastens um eine weitere Schublade.

„Der Strukturwandel gewinnt auch durch Digitalisierung weiter an Dynamik“, schreiben Sie in Ihren zehn Thesen. Ist das einfach so hinzunehmen?

Fast jeder technische Fortschritt geht mit Rationalisierung einher. Dies hat Einfluss auf den Strukturwandel. Die Frage, welche Agrarstruktur gewollt ist, ist ein gesellschaftspolitisches Thema, das wir dort beantworten sollten und nicht dadurch, dass wir uns bestimmten Innovationen verschließen.

Vielen Dank für das Gespräch! *cs*

Das Auge des Herrn...

...sollte das Füttern und die Datenhoheit im Blick behalten

Irgendjemand hat sich die Mühe gemacht und gezählt: Fast 300 Mal taucht der Begriff Digitalisierung im aktuellen Koalitionsvertrag auf. Da geht also offenbar was, scheint von übergeordnetem öffentlichem Interesse. Ausgerechnet die Landwirtschaft, sonst eher ein Lebens- und Wirtschaftsbereich, der besonders von außen als etwas hinterwäldlerisch betrachtet wird, ist in dem Thema ganz vorne. Stolz wird immer gerne vermerkt, dass die Landwirtschaft längst digitalisierter sei als die sonst gerne am tollsten und innovativsten daherkommende Autoindustrie: sowohl in der Tierhaltung mit Fütterungs-, Lüftungstechnik und dem sich immer weiter etablierenden Melkroboter als auch beim Ackerbau mit seinen Möglichkeiten der teilflächenspezifischen Bewirtschaftung durch Boden-, Wetter- und Anbaudaten. Konnte man in den Anfängen der landwirtschaftlichen Digitalisierung nur eine Vielzahl von Daten an jedem einzelnen neuen Technikelement sammeln, die man dann selbst auswerten musste, so werden diese heute längst automatisch miteinander verknüpft. Zudem ist die Technik immer genauer selbst in der Lage zu filtern und zu analysieren, was sie ermittelt. Das Bild, welches Daten von einem Betrieb zeichnen, wird immer genauer. Umso wichtiger ist, dass der Betriebsinhaber darüber bestimmen können muss, wer das Bild zu sehen bekommt. Facebook hat gerade vorgemacht, wie es eigentlich nicht laufen sollte. 50 Mio. Nutzerprofile waren einer Firma zugänglich, die diese mit ausgewählten Informationen bespielte, die Mutmaßungen reichen bis hin zur Beeinflussung von Wahlen und Weltpolitik.

Entlang der Wertschöpfungsketten

„Im Bereich des Datenschutzes bewegen wir uns in der Landwirtschaft auf einem ganz niedrigen Niveau“, sagt Bernd Voß, AbL-Milchbauer aus Schleswig-Holstein und Landtagsabgeordneter für die Grünen. Wer kontrolliere schon, ob nicht vom eigenen Trecker oder gar von dem des Lohnunternehmers, der einem den Ackerbau mache, die gesammelten Daten direkt an irgendwelche Firmen der Agrarszene weiterflössen, fragt er rhetorisch. Viele Firmen sind inzwischen so breit aufgestellt, dass sie entlang ganzer Wertschöpfungsketten agieren können. Prominentestes Beispiel ist da aktuell die Elefantenhochzeit von Bayer und Monsanto, die die beiden in den vergangenen Jahren aufgebaute bzw. zugekaufte Digitalsparten verheiratet. Dadurch lassen sich Klima-, Standort-, Bewirtschaftungsdaten zusammenbringen mit Saatgut, Mineraldünger und Pestiziden aus einem Haus. Die oft geäußerte Hoffnung, dass Digitalisierung zu nachhaltigeren Landwirtschaftssystemen führe, wird sich wohl kaum bewahrheiten, wenn Konzerne, die damit Geld verdienen Produktionsmittel zu verkaufen, aufgrund der von ihnen erlangten Datenhoheit die Anbauplanung übernehmen. „Wir brauchen unabhängige Systeme“, mahnt Bernd Voß. Datenschutz und Datenrechte müssten vor allem politisch abgesichert werden.

Bäuerlicher Sinn

Franz Häußler, AbL-Vorstand in Baden-Württemberg und Milchbauer, sagt, es erschrecke ihn, wie unkritisch sich besonders junge Berufskollegen geradezu berauschten an den digitalen Verheißungen, die verbreitet würden. Sein Eindruck ist, da werde allzu bereitwillig so etwas wie der „sechste bäuerliche Sinn“ preisgegeben. „Das Auge des Herrn füttert das Vieh“ heiße eine Bauernweisheit nicht umsonst, so Häußler. Bäuerliches Erfahrungswissen, ausgebaut über Jahre, sei ein zentraler wirtschaftlicher Erfolgsfaktor. Auch Bernd Voß warnt davor, sich nur noch auf den Blick auf den Acker durch das Smartphone zu verlassen, technische Analysen müssten immer wieder mit der Realität vor Ort abgeglichen werden und auch in Zukunft abgleichbar bleiben. „Es darf nicht sein, dass die Technik diktiert.“ Und es dürfe auch nicht sein, dass behördliche Kontrolle sich ausschließlich auf Technik berufe. Dabei gehe es, so Voß, nicht um Technikverweigerung, sondern um einen realistischeren Umgang mit einem Hype. „Digitalisierung macht Landwirtschaft nicht per se besser oder nachhaltiger“, sagt er. Häußler verweist darauf, dass sich der Arbeitsplatz des Bauern gravierend verändere. Zwar entbinde beispielsweise der Melkroboter von der täglichen Routine des Melkens, verlagere Tätigkeiten aus dem Stall vor den Computer, reduziere aber auch die wichtige, sonst fast automatisch stattfindende Zeit der Tierbeobachtung.

Gut hinsehen

Gerade Tierbeobachtung ist ein Aspekt, von dem beispielsweise Berufsschullehrer und Berater beklagen, dass sie heutzutage auf Betrieben und gerade bei der jüngeren Generation eher zu kurz komme. Besonders in der artgerechten Tierhaltung ist sie allerdings essentiell. „Die Rolle des Menschen bei der Steuerung hoch automatisierter Agrartechnik ist zwiespältig“, so schrieb schon vor ein paar Jahren das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB). „Einerseits wird er zum passiven Anlagenüberwacher degradiert, andererseits richten sich an ihn hohe Erwartungen, wenn kritische Situationen oder Störfälle auftreten.“ Das Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) konstatiert allerdings auch Befreiung von monotonen Routinetätigkeiten zu Gunsten einer hohen Flexibilisierung und eines viel stärkeren Bedarfs, die eigenen Fähigkeiten immer wieder an neue Erkenntnisse anzupassen, sich weiterzubilden. Das könnte, so das KTBL, auch zu Überforderung und Frustration bis hin zur inneren Kündigung führen. Insgesamt werde die Digitalisierung den Strukturwandel weiter forcieren, sagen KTBL und die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) übereinstimmend. Die Gefahr, dass bei Größenwachstum noch mehr der erfahrene Blick für die Besonderheiten eines Standorts verloren gehe, sei nicht von der Hand zu weisen. Und noch etwas ärgert Franz Häußler: Die teure Technik sammle zum Teil auch ungewollt Daten, so seine Befürchtung angesichts überall auf neuen Maschinen vorinstallierter Features, und lande später als, wenn überhaupt, nur aufwendig zu recycelnder Elektroschrott auf den Müllhalden der Dritten Welt. Die Firmen wollten in erster Linie ihre Produkte verkaufen, die Bauern müssten hinterfragen, ob sie ihnen auch nützten, resümiert Bernd Voß. Am Ende ist Landwirtschaft ein generationenübergreifendes Projekt und die Halbwertzeit elektronisch generierter Daten vielleicht doch kürzer und weniger einprägsam als der Blick und das Fingerspitzengefühl echter Menschen. *cs*

Landtechnik (fast) ganz neu entdeckt

Digitalisierung bedeutet in der Regel neue Maschinen zu kaufen, ganz im Sinne der Hersteller

Schon vor einem Jahr berichtetet der Präsident der Agriculture & Turf Division von Deere & Co, Markwart von Pentz, auf der Farm & Food-Tagung in Berlin, wie sich John Deere die digitale Zukunft vorstellt bzw. welche Möglichkeiten sich einer digital gestützten Landwirtschaft eröffnen. Es geht dabei zwar auch um die technische Umsetzung, vor allem aber definiert von Pentz für Deere, aber wahrscheinlich auch für viele andere Unternehmen der Branche wie AGCO, Claas, Bayer-Monsanto, wie man sich die Landbewirtschaftung der Zukunft vorstellt. Landwirtschaft, das wird schnell klar, ist für von Pentz kein Arbeiten mit der Natur. „Eine Farm ist eine Fabrik auf dem Land ohne Dach“, fasst er seinen Ansatz zusammen. Es überrascht also wenig, dass die Betrachtungen eng an Optimierungsstrategien aus der Wirtschaft ausgerichtet sind. Auf der einen Seite wolle man die Erträge auf der Fläche oder pro Tier erhöhen, auf der anderen Seite müsse man aber auch versuchen, die Kosten zu senken. Für Weizen sieht von Pentz ein Verhältnis von zwei Prozent Ertragssteigerung gegenüber 40 Prozent Kostenersparnis beim Herbizideinsatz (ca. 12 US-Dollar/ha), Kosteneinsparungen durch Technik, durch Digitalisierung. Nur 40 Prozent der Maschinenleistung beispielsweise eines Mähdreschers würden derzeit genutzt, nur zehn Prozent der Spritzmittel kämen bei der Pflanze oder beim Unkraut an, „der Rest ist Abfall“ – 90 Prozent! Nur die Hälfte des ausgebrachten Düngers werde von der Pflanze aufgenommen. Der Rest gehe in die Luft, versickere im Boden oder lande im Grundwasser. Wenn man diese Einsparpotentiale nutzen könnte, so von Pentz, komme man laut Berechnungen der DLG für Weizen in Deutschland zu Größenordnungen von 320 Euro/ha. In kleinen Schritten möchte sich von Pentz durch den Einsatz intelligenter Technik dieser Summe nähern. Neben der Optimierung der Maschinenleistung sind es die Joboptimierung, Verbesserungen bei der Saat, der Düngung und dem Pflanzenschutz und eine softwaregestützte Verbesserung von Entscheidungen, die helfen würden, Einsparpotentiale zu erschließen.

Datensammlung

Ein zentrales Element der anvisierten Kostenoptimierung ist die Erfassung von Daten: Leistungsdaten der Maschinen, Ertrags- und Nährstoffdaten der Flächen, Informationen über Bodenfeuchte und Wachstumsbedingungen der Pflanze, den aktuellen Krankheitsdruck, die Wetterentwicklungen u.v.m. Das alles dürfe aber nicht auf Datenfriedhöfen bei den Landwirten landen. Deere will all diese Daten zusammenführen und nutzbar machen. Von Pentz spricht von derzeit noch fiktiven 4.000 „Partnern“: Berater, Kammerberater, Dow Chemical, BASF, Monsanto, „die diese Daten abgreifen wollen, daraus Entscheidungen treffen wollen“.

Gezielter spritzen

Ein halbes Jahr nach dem Vortrag auf der Farm & Food, im Herbst 2017, meldete Deere die Übernahme eines US-amerikanischen Start-Ups, das sich mit der Optimierung der Spritztechnologie beschäftigt. Das Unternehmen Blue River („blauer Fluss”) hat eine Spritze entwickelt, die die optoelektronische Pflanzenerkennung nutzt, um gezielt nur einzelne Pflanzen, zum Beispiel Unkräuter, zu behandeln. Herzstück ist die automatische Pflanzenerkennung auf Artenniveau. Eine in kleinsten Teilbreiten arbeitende Spritze kann dann gezielt Einzelpflanzen behandeln. Je nach Unkrautbestand nennt das Unternehmen Einsparungen bei Spritzmitteln durch Spot Spray (Punktbehandlung) von bis zu 90 Prozent. 50 Prozent der Saatgutkosten könnten laut Blue River durch den nicht mehr notwendigen Einsatz von gegen Totalherbizide resistentem, gentechnisch verändertem Saatgut eingespart werden. Die Arbeitsgeschwindigkeit wird in dem firmeneigenen Werbefilm mit 2 mph (ca. 3,2 km/h) angegeben. Warum allerdings, so fragt man sich, muss bei einer derart ausgefeilten Einzelpflanzenerkennung überhaupt noch gespritzt werden. Auch vor dem Hintergrund der geringen Arbeitsgeschwindigkeit wäre eine mechanische Beikrautregulierung der wirkliche Durchbruch.

Studie des Roboterkonzepts Xaver (Mars) von Fendt

Kostenersparnis versus Investition

Leider gibt es derzeit noch keinen Preis für die Spot-Spray-Spritze von Blue River. Andere Geräte sind für die Praxis verfügbar und können Aufwandmengen an den jeweiligen Pflanzenbestand anpassen. Von Pentz spricht begeistert von einem Güllefass, das mit einem Nah-Infrarotsensor gekoppelt und kontinuierlich die Nährstoffgehalte der Gülle messend je nach Bedarf die einzelnen Schieber öffnet oder schließt und die Geschwindigkeit des Traktors verlangsamt oder beschleunigt. Auch hat die Firma Rauch einen Düngerstreuer im Programm, der Teilbreiten streuen kann. An technischen Lösungen fehlt es offenbar nicht. Wer aber die Kosteneinsparungen durch eine optimierte Ausbringung von Saatgut, Pflanzenschutz- und Düngemitteln ausnutzen will, muss zuerst investieren. Der Düngerstreuer von Rauch kostet das Drei- bis Vierfache der herkömmlichen Technik. Hinzu kommen die GPS-Antenne und Spurassistent sowie elektronische Feldkarten, die aufgrund zuvor gesammelter Bodenproben und Ertragswerte den jeweiligen Düngerbedarf wiedergeben. Ganz ähnlich verhält es sich auch beim Güllefass. Sensor hier, Regelung da. Jede Automatisierung, jede Messung kostet erst mal. Für die Hersteller der Technik entsteht hier ein ganz neues Geschäftsfeld. Am Ende der Philosophie „Digitalisierung der Landwirtschaft“ steht ein ganz neues Paket von miteinander vernetzten Traktoren und Maschinen. Ein automatisch mit Servern und „Partnern“ kommunizierendes System, in dem der Schlepper alleine seinen Weg zum Feld findet und dort seinen Job verrichtet. Erste erfolgreiche Versuche gab es schon. Ein ganz anderes Modell gibt es bei Fendt. Xaver, eine selbstfahrende Robotereinheit, mit ca. 50 kg ein Leichtgewicht, soll autonom den Maisacker bestellen. In der Konzeptstudie stellen die Entwickler einen Transporthänger vor, der dann fünf bis zehn Xaver auf dem Feld aussetzt. Scheinbar wahllos, aber GPS-gesteuert und daher dann doch präzise, säen die Roboter den Schlag, werden eingesammelt und weitergefahren.

Datenhoheit

Gerade erst wurde ein „Datenklau“ bei Facebook bekannt. Warum sollten die Daten der Landwirte sicherer sein? Auch wenn die Branchenvertreter immer wieder behaupten, dass die Betriebsdaten Eigentum des Landwirts seien und er sie jederzeit zurückholen könne – das Zurückholen funktioniert schon nicht, wenn man nur ein Bild im Netz löschen möchte. Wenn man sich mit „Partnern“ wie BASF und Monsanto, aber wahrscheinlich auch Deere, Fendt und Claas, einlässt, wird man nicht verhindern könne, dass diese den für sie größtmöglichen Nutzen aus den Betriebsdaten ziehen. Das Problem könnten dabei weniger die gewährten Einblicke in den Betrieb sein als viel-

Fortsetzung Seite 13 unten

Der Ackerbau der Zukunft? Fotos: Fendt

Aufbegehren mit Schraubenschlüssel und USB-Anschluss

US-Farmer kämpfen mit Verbündeten um Reparaturrecht

Für das „Right to Repair“, das Recht zu reparieren, kämpfen in den USA derzeit Menschen in unterschiedlichsten Bundesstaaten. In landwirtschaftlich geprägten Regionen im Mittleren Westen sind es vor allem die Farmer, die gegen die großen Landtechnikkonzerne aufbegehren. Vor allem John Deere – unumstrittener Marktführer, was Hightech-Agrarausrüstung angeht, und anders als in Deutschland kaufen amerikanische Farmer oft aus einer Firmenhand – ist zum Gegner in diesem David-gegen-Goliath-Streit geworden. Wahrscheinlich mehr noch als in Europa oder Deutschland gibt es in den USA eine bäuerliche Kultur des Selbstreparierens von Landtechnik. Dies- und jenseits des Atlantiks, oft erwachsend aus engen Zeitfenstern durch Witterung und Naturkreisläufen, in denen landwirtschaftliche Arbeiten zu Ende gebracht werden müssen, haben Bauern immer schon selbst zum Schraubenschlüssel gegriffen. In den USA kommen gerade in ländlichen Regionen oft die endlos weiten Wege zur nächsten Landmaschinenwerkstatt hinzu sowie meist ein ausgeprägteres Autonomiestreben, verankert im amerikanischen Pionierkult. Wenn also Sojabohnen gedroschen werden müssen, dunkle Wolken am Himmel hängen und dann aber ein Transmissionsriemen am Drescher reißt, werden die meisten Farmer selbst Hand anlegen. Das ist allerdings bei den heutigen softwarebasierten Hightech-Maschinen nicht mehr so einfach. Selbst wenn das Finden und Austauschen des Riemens (womöglich auch durch ein behelfsmäßiges Ersatzteil) gelingt, scheitert die Aktion am Ende womöglich dadurch, dass die Elektronik der Maschine das Nicht-Originalteil nicht frei gibt und entsprechend das Starten des Motors blockiert. Abhilfe kann und darf nur ein lizenzierter John-Deere-Händler mit einer entsprechenden Diagnose-Software schaffen. Farmern und unabhängigen Landmaschinenwerkstätten wird weder ein Zugriff auf Originalersatzteile noch auf die Software gestattet. Das ist teuer, zeitaufwändig und entspricht nicht dem Selbstverständnis des ärmelaufkrempelnden Selfmademan, deshalb laufen Farmer Sturm gegen John Deere. Aussagen des Konzerns wie die, Farmer würden die Maschinen nicht besitzen, sondern nur eine Betriebserlaubnis erwerben, tragen nicht gerade zur Beruhigung der Gemüter bei. Die Deere-Company argumentiert mit möglichen missbräuchlichen Anwendungen, die gefährlich sein könnten, gäbe sie ihre Diagnose-Software und Reparaturanleitungen frei. Garantieansprüche könnten dann natürlich auch nicht mehr geltend gemacht werden. Ungeachtet dessen kursiert inzwischen meist aus Osteuropa stammende Hacker-Software, mit der sich widerständige Landtechniker wiederrechtlichen Zutritt in die verbotene Elektronikebene ihrer Trecker und Maschinen verschaffen, um Fehler finden und beheben zu können, aber auch um fehlerhafte Elektronikmeldungen überwinden zu können. Ein Farmer malt in seiner Lokalzeitung daraufhin schon das Horrorszenario von der zukünftig womöglich von John Deere eingebauten Totalabschaltung, sobald sich ein nichtautorisierter User in den USB-Anschluss einstöpsele.

So entspannt sind nicht alle Bauern im Zusammenhang mit John Deere Foto: Deere Company

Neue Allianz

In Nebraska griff im vergangenen Jahr die Senatorin Lydia Brasch, deren Mann Farmer ist, die Wut auf dem Land auf und brachte einen Gesetzentwurf in die Gremien ein, der John Deere zur Freigabe der Software zwingen sollte. Plötzlich tauchten in Ausschussanhörungen nicht nur Vertreter der Landtechnikbranche, sondern auch Anwälte von Technikkonzern Apple oder dem Telekommunikationsgiganten AT&T auf. Es wäre aggressiver lobbyiert worden als im Zusammenhang mit der Abtreibungsgesetzgebung, wunderte sich Brasch in lokalen Medien. Aber auch neue Verbündete der bislang in Nebraska ausschließlich bäuerlichen Bewegung traten auf den Plan: die „Right to Repair“-Bewegung, eine Mischung aus Computernerd- und Technikfreak-Vertretern, wie auch Öko- und Verbraucherschutzaktivisten, die für die Selbstreparatur von Smartphones, Tablets und Computern kämpfen, wahlweise aus Technikinteresse, Selbstbestimmungsrechtsdurchsetzung sowie Wegschmeißkonsum- und Monopolkritik. Auch sie argumentieren, Technikfirmen müssten ihren Kunden den Zugriff auf Originalteile, Werkzeug und Software erlauben und sie nicht dazu zwingen, beispielsweise stundenlang in tempelgleichen Applestores anzustehen, um zu horrenden Preisen monopolisierte Reparaturen durchführen zu lassen.

Big Business

Hätten sich Nebraskas ländlich und landwirtschaftlich geprägte Kongressabgeordnete vielleicht noch zu einem Gesetz für die dort unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht unerhebliche Farmercommunity und gegen John Deere durchringen können, so wirkten Apple und Co. doch zu einschüchternd. Das Gesetzesvorhaben wurde vorerst auf Eis gelegt. Derweil hatten allerdings auch andere, zum Teil weniger landwirtschaftlich und mehr verbraucherrechtlich geprägte Bundesstaaten an Ost- und Westküste ähnliche Initiativen auf den Weg gebracht. Bislang scheiterten alle. Noch läuft ein Verfahren im Heartland der digitalen Revolution, in Kalifornien. Vielleicht setzen am Ende die Computerfreaks durch, dass die Farmer wieder ihre Trecker reparieren dürfen. *cs*

Fortsetzung von Seite 12

mehr der langfristige Informationsvorsprung, der erst durch die Auswertung der als Big Data bezeichneten Sammlungen unzähliger Details entsteht.

Schattenseiten

„Drei Millionen Jobs könnten bis 2022 der Digitalisierung zum Opfer fallen, warnt der IT-Verband Bitkom. Mittelfristig sei die Hälfte aller Berufsbilder bedroht, doch von Ideen fehle in der Politik jede Spur.“ So ist es auf Tagesschau.de zu lesen. Was in anderen Berufsfelder Grund zur Sorge ist, scheint in der Landwirtschaft zwischen Nichtbeachtung und Euphorie angesiedelt zu sein. Dabei gäbe es gute Gründe, auch hier zu schauen, welche Veränderungen durch den Technisprung „Digitalisierung“ möglich werden. Die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft DLG schreibt in ihren zehn Thesen zur Landwirtschaft 2030: „Der Strukturwandel gewinnt auch durch Digitalisierung weiter an Dynamik.“ Im Folgenden beschreiben die Autoren, wie sie sich diese Dynamik vorstellen: „Digitalisierung wird zu einem tiefgreifenden Wandel der Branchenstrukturen führen. Die Anzahl der Unternehmen/Organisationen, ihre Größe und Kräfteverhältnisse, ihre Kommunikation, ihre Zusammenarbeit und Geschäftsbeziehungen innerhalb und zwischen den Wertschöpfungsketten, all das wird sich in Zukunft stärker und schneller ändern als in den zurückliegenden Jahrzehnten.“ *mn*

Forstpolitik in bewegten Zeiten

Kartellrechtliche Schwierigkeiten sorgen für Verwerfungen in der Holzvermarktung

In mehreren Bundesländern geht es gerade rund in der Forstpolitik. Deren Forstbehörden verabschieden sich aus der Vermarktung des Holzes aus dem Privatwald, neue Strukturen werden aus dem Boden gestampft und zumindest in NRW scheint auch in der Betreuung der Waldbesitzer kein Stein mehr auf dem anderen zu bleiben. Grund sind die Untersuchungen und Beschlüsse des Bundeskartellamts sowie die Diskussionen um den § 46 Bundeswaldgesetz. Am 10. April verhandelt der Bundesgerichtshof (BGH) in einem Streit zwischen dem Kartellamt und dem Land Baden-Württemberg. Die Zeichen deuten ganz auf den erzwungenen Rückzug der Landesbehörden aus der Betreuung des Privatwaldes und der Holzvermarktung.

Die Geschichte beginnt im Jahr 2001 mit einer Kartellrechtsbeschwerde einzelner Sägewerker – sie stellten die gebündelte Holzvermarktung der Landesforstverwaltung in Frage und beklagten eine Marktdominanz derselben. 2002 dehnte das Bundeskartellamt seine Untersuchungen in dem Verfahren auf weitere Bundesländer aus, 2009 kam es zu einer Verpflichtungserklärung, in der die Länder einzelne Änderungen zusagten und sich bereit erklärten, Pilotprojekte der eigenständigen Holzvermarktung und auch der privaten Beförsterung (s. u.) zu starten. Im Jahr 2015 erließ das Kartellamt eine Untersagungsverfügung gegen das Land Baden-Württemberg, Holz aus dem Privatwald zu verkaufen. Die dortige Landesregierung rief das Oberlandesgericht Düsseldorf (OLG) an, unterlag dort im vergangenen Frühjahr und für den 10. April steht nun die besagte Anhörung vor dem BGH an. Konkreter Streitpunkt ist die Frage, ob das Auszeichnen des Holzes im Wald, also das Markieren der zu fällenden Bäume, bereits eine dem Holzverkauf zuzuordnende wirtschaftliche Tätigkeit ist oder nicht. Das Bundeswaldgesetz sagt nein, die Richter des OLG sagen ja. Würde der BGH sich deren Auffassung anschließen, würde dies bedeuten, dass einer der wichtigsten Aspekte der Waldbewirtschaftung bzw. der staatlichen Betreuung im Kleinstprivatwald nicht mehr durch den jeweiligen Landesbetrieb angeboten werden dürfte und dieser somit bei der Betreuung desselben außen vor wäre. Das OLG sieht den Landesbetrieb Forst-BaWü als Unternehmen an und bestätigt somit, dass das Kartellrecht greift. Das untersagt die gemeinsame Holzvermarktung aus Privat- und Staatswald und auch die Betreuung von Forstbetrieben, die größer als 100 ha sind. Da forstliche Zusammenschlüsse auch als Betriebe gelten, hat dies zur Folge, dass diese – und somit quasi der gesamte Privatwald – auch nicht mehr durch den Landesbetrieb betreut werden dürfen.

Erst mal Abwarten

In NRW stellte sich die rot-grüne Landesregierung der vergangenen Jahre auf den Standpunkt, dass der Ausgang des Verfahrens des Kartellamts gegen BaWü erst einmal abgewartet werden sollte (mit Ausnahme der Pilotprojekte, s. u.), bevor auch in NRW die Strukturen geändert werden, denn im Grundsatz seien die Ausgangsbedingungen nicht vergleichbar. Der Staatswaldanteil in BaWü sei viel höher als in NRW, NRW habe einen viel höheren Privatwaldanteil. Im Herbst 2017 machte dann das Bundeskartellamt den Ländern NRW, Hessen und Thüringen ein Gesprächsangebot, bei dem u. a. der neuen Landesregierung mitgeteilt wurde, dass das Bundeskartellamt auch für diese Länder massiven Änderungsbedarf sieht, aber gemeinsame Lösungen in kurzer Zeit anzustreben seien. Die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz haben bereits weitreichende Entscheidungen getroffen und begonnen, ihre Landesforstverwaltungen umzubauen.

In NRW hat es seit dem Jahr 2009 zwei Pilotprojekte gegeben, in denen sowohl für die eigenständige private, aber gebündelte Holzvermarktung Strukturen aufgebaut und diese getestet wurden als auch für die private und mit direkter Landesförderung ausgestattete private Betreuung/Beförsterung. Auf diesen aufbauend, arbeiten nun im Ministerium unter dem neuen Staatssekretär Bottermann mehrere Arbeitsgruppen aus, wie die zukünftige Struktur in NRW sein wird. Fest steht, dass sich der Landesbetrieb Wald und Holz NRW aus der Holzvermarktung des Privatwaldes komplett zurückziehen wird (muss) und auch die indirekte Förderung der forstlichen Dienstleistungen, d. h. der Betreuung der Privatwaldbesitzer durch Förster des Landesbetriebs, eingestellt werden wird. Es wird auf eine direkte Förderung umgestellt werden; die Forstbetriebsgemeinschaften werden sich auf dem Markt einen eigenen Förster nach Ausschreibung aussuchen und einstellen können; sie können Anträge auf Bezuschussung ihrer Beförsterung an das Land stellen und bekommen dann 75 bis 80 % der Kosten des wirtschaftlich günstigsten Angebots erstattet. Eine Förderung ist auch für den weiteren Ausbau der privaten Holzvermarktung vorgesehen und auch die Professionalisierung/Weiterqualifizierung der ehrenamtlichen Arbeit soll unterstützt werden. Denn klar ist, dass auf die ehrenamtlich Tätigen in den Zusammenschlüssen vor Ort nun wesentlich mehr Arbeit und Verantwortung zukommen wird. Die NRW-Landesregierung hat folgende Ziele für die Zukunft formuliert: Trotz Ausstiegs aus der kooperativen Holzvermarktung und Einstiegs in die direkte Förderung will die Landesregierung an der Einheitsforstverwaltung festhalten, ein flächendeckendes Beratungs- und Dienstleistungsangebot aufrechterhalten und den Ausbau forstlicher Zusammenschlüsse der Privatwaldbesitzer stärker fördern. Bis zum Jahresende sollen die gesetzlichen Grundlagen für diesen massivsten Umbau der forstlichen Betreuungs- und Vermarktungsstruktur seit den 1970er Jahren geschaffen werden.

Gregor Kaiser,
AbL NRW

Schranken für bäuerliche Privatwaldbesitzer? Foto: Herrmann/Pixelio

Kommentar des Autors:

Nun wird auch – durch Kartellamt und OLG mehr oder weniger erzwungen – die Waldbewirtschaftung der reinen Lehre des Marktes unterstellt und der Erfolg der Bewirtschaftung des Privatwaldes immer mehr abhängig von der Anzahl verkaufter Festmeter. Daran wird sich in Zukunft immer stärker bemessen, ob private Förster in den Forstbetriebsgemeinschaften genügend erwirtschaften, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen – denn es ist aus meiner Sicht schon jetzt abzusehen, dass die angestrebten direkten Fördergelder der Landesregierung NRW den jährlichen Haushaltsberatungen unterliegen und schneller gekürzt werden können als die bisherigen indirekten Mittel. Ökologische Grundsätze der Waldbewirtschaftung, wie z. B. Totholzanteil, großer Rückegassenabstand, Mischwald, sowie gesellschaftliche Leistungen des Waldes werden weniger wichtig werden, da sie keinen konkreten finanziellen Output für die WaldbesitzerInnen, aber auch nicht für den betreuenden Förster generieren. Auch besteht die massive Gefahr der Überforderung des Ehrenamts in den Zusammenschlüssen. Schon jetzt ist es extrem schwierig, junge Menschen zur solidarischen Arbeit in den Vorständen zu bewegen: Es sind wenige, die Interesse zeigen, und diese haben in und mit ihren Betrieben so viel zu tun, dass sie sich mehrmals überlegen, ein weiteres, zudem in Zukunft mit erhöhtem Aufwand versehenes, Amt zu übernehmen. Dennoch könnte in den Umstrukturierungen auch eine Chance liegen: Nicht jede FBG war in der Vergangenheit mit dem ihr zugewiesenen Förster zufrieden. In Zukunft können Änderungen einfacher sein. Auch für die Ökologisierung der Waldbewirtschaftung – Stichwort Dauerwald oder FSC – ließe sich die Umstellung auf direkte Förderung nutzen – so denn z. B. diese Förderung an ökologische Parameter gebunden würde (ähnlich der Diskussion in der Landwirtschaft, siehe Punktepapier der AbL). Doch hier werden sich die Privatwaldbesitzerverbände sicher querstellen. Ihr Ziel scheint zu sein, möglichst viel Geld, welches derzeit noch die Landesbetriebe der Länder erhalten, in eigene Strukturen umzulenken und eine weitere Holzmobilisierung zu forcieren.

EU-Kommission erlaubt Bayer-Monsanto-Fusion

Konzernunabhängige Saatgutstrategie notwendig

Gegen Nachbau-Gebühren

Nun also doch. Am 21. März 2017 genehmigte die EU-Kommission die Fusion des größten globalen Saatgutunternehmens, Monsanto, mit dem zweitgrößten Pestizidunternehmen, Bayer. Stimmen jetzt noch die restlichen Wettbewerbsbehörden, z. B. in den USA, zu, würde sich Bayer-Monsanto als integrierter Saatgut- und Pestizidanbieter sowie digitaler Gigant an die Spitze der Branche katapultieren. Er würde dann knapp 27 % des weltweiten Saatguts, 27 % der Pestizide und 25 % der erteilten Patente auf Saatgut besitzen sowie erheblichen Technologie- und Investitionsvorsprung im Bereich der digitalen Landwirtschaft haben. „Eine solche konzerngeleitete Entscheidung geht an den Menschen vorbei und ist politisch verantwortungslos. Bäuerinnen und Bauern drohen noch mehr Abhängigkeiten, eine weitere Einengung der Sortenauswahl und Vielfalt und Preisdiktat, statt einen echten, fairen Wettbewerb und Entscheidungshoheit für alle Beteiligten sicherzustellen“, kommentiert Martin Schulz, Bundesvorsitzender der AbL. Kritik äußert auch MISEREOR-Geschäftsführer Pirmin Spiegel: „Für die Konzerne geht es um Gewinnmaximierung und die Erschließung neuer Wachstumsmärkte. Es handelt sich um kapitalintensive, hoch risikoreiche Ansätze, die weder an den Realitäten kleinbäuerlicher Betriebe ausgerichtet sind noch an den sich verändernden klimatischen Bedingungen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Europa.” In verschiedenen Bereichen hatte die EU-Kommission erhebliche „Überschneidungen“ der beiden Fusionsparteien festgestellt. Durch die Verpflichtungszusagen von Bayer seien die wettbewerbsrechtlichen Bedenken der EU-Kommission „vollständig ausgeräumt“. Auch nach dem Zusammenschluss sei ein „wirksamer Produkt- und Innovationswettbewerb“ auf den Märkten für Saatgut, Pflanzenschutzmittel und digitale Landwirtschaft gewährleistet. Insbesondere würde sich die Zahl der weltweit tätigen Unternehmen, die auf diesen Märkten miteinander im Wettbewerb stehen, infolge des Zusammenschlusses nicht verringern, so die Kommission.

Klare Ansage im Januar in Berlin Foto: Schievelbein

Saatgut

Bei Ackerkulturen hat sich Bayer verpflichtet, sein gesamtes weltweites Geschäft für Saatgut und agronomische Merkmale (Gentechnik- und Nicht-Gentechnik-Merkmale), einschließlich der Forschungs- und Entwicklungssparte an die BASF zu veräußern. Dies betrifft Raps, Baumwolle, Soja und Weizen. Laut Kommission würden so „sämtliche horizontale Überschneidungen zwischen den fusionierenden Unternehmen beseitigt“ und die Zahl der weltweiten Akteure bliebe unverändert. Die Kommission meint damit sechs Konzerne. Diese kontrollieren nach der Fusion aber 69 % des Saatgutmarktes. Allein zwei Konzerne besitzen 50 % des weltweiten Saatgutmarktes! Im Gemüsesektor ist Monsanto mit seinen zahlreichen Aufkäufen von Züchtungsunternehmen wie De Ruiter und Seminis der weltgrößte Gemüsezüchter. Bayer, das Nunhems mit der deutschen Tochtergesellschaft Hild aufgekauft hat, ist die Nummer vier. Laut Kommission muss Bayer das gesamte Gemüsegeschäft abgeben, einschließlich der Forschungs- und Entwicklungssparte. Allerdings ist der Gemüsesektor schon jetzt auf wenige Anbieter beschränkt mit der Folge von Preisfestlegungen und engem Sortenangebot.

Pestizide

Im Bereich Pestizide sah die Kommission v. a. Überschneidungen im Totalherbizidbereich, also Glyphosat von Monsanto (Marke Roundup) und Glufosinat von Bayer (Marke Liberty und Basta). Bayer muss nun seinen Glufosinat-Bereich abgeben, inklusive dreier Forschungsprogramme für Totalherbizide, weil es hier nur zwei aktive Wettbewerber gibt. Im Bereich Saatgutbehandlung gegen Fadenwürmer muss Monsanto seine Sparte „Nemastrike“ abgeben. Die fortschreitende Konzentration des Pestizidmarkts wird dies jedoch nicht beeinflussen. Hatten 1994 die vier größten Agrarchemiefirmen einen Marktanteil von 29 %, stieg dieser Anteil bis 2013 auf 62 %. Nach der Fusion werden die vier Größten 84 % des Pestizidmarktes kontrollieren.

Digitalisierung

Laut Kommission hätte eine Fusion ohne Auflagen dazu geführt, dass der Wettbewerb in Europa im Bereich der digitalen Landwirtschaft weggefallen wäre. „Die Auflagen für den Digitalsektor sind nicht ausreichend. Denn Bayer und Monsanto sind hier führend. Trotzdem muss kein Unternehmen seinen jeweiligen Bereich abgeben. Bayer muss lediglich sein Produkt an ein Drittunternehmen lizenzieren. Know-how und Technologievorsprung bleiben bei Bayer-Monsanto, das generiert keinen Wettbewerb. Die teilweise geäußerte Befürchtung, durch die Fusion entstehe ein ‚Facebook der Agrarkultur‘ ist nicht von der Hand zu weisen“, kommentiert Kim Manuel Künstner, Kartellrechtler aus Frankfurt am Main und einer der beiden Rechtsanwälte, die die AbL als Drittpartei unterstützt haben. Noch gibt es die berechtigte Hoffnung, dass die US-Justizbehörde, die der Fusion noch zustimmen muss, weitergehende Auflagen erteilt. Dies könnte die Trennung Monsantos von seiner digitalen Plattform (Climate Corporation) sein. Einen früheren Fusionsversuch von John Deere und der Climate Corporation hatte die US-Justizbehörde wegen „Monopolbildung“ bereits verhindert.

Wirksamer Wettbewerb?

Besonders kritisiert hatte die AbL im Fusionsverfahren, dass lediglich horizontale Überschneidungen, also auf gleicher Ebene, geprüft werden. „Die Kommission hat sich bei ihrer Fusionskontrolle auf sehr kleinteilige Märkte konzentriert, auf denen Bayer und Monsanto bereits Wettbewerber sind“, kritisiert Künstner: „Bayer-Monsanto wird verstärkt Kombinations-Lösungen aus einer Hand anbieten – empfohlen durch ihre digitalen Plattformen.“ Genau dies und auch mögliche Bündelungs- und Koppelungseffekte habe die Kommission nur unzureichend betrachtet, so der Anwalt. Jens Beismann, der zweite juristische Vertreter der AbL, weist in seiner Bewertung nochmals darauf hin, „dass die Fusion von Bayer und Monsanto trotz der Auflagen zu einer erheblichen Verstärkung der marktbeherrschenden Stellung von Bayer-Monsanto führt. Preis- und Produktwettbewerb werden erheblich behindert. Die Ausrichtung der Konzerne auf Hybride, Patente und global marktfähige Sorten wird die Sortenvielfalt und den Zugang zu pflanzengenetischen Ressourcen, dem Eckpfeiler der Züchtung, weiter einengen.“

Kein Verfahren auf Augenhöhe

Die AbL hat als Drittpartei im Fusionsverfahren zwei differenzierte Stellungnahmen mit bäuerlichen sowie wettbewerbsrechtlichen Argumenten gegen die Vermachtung der Konzerne vorgelegt und ihre Kritik auch bei einer mündlichen Anhörung in Brüssel dargelegt. Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL, meint dazu: „Das Verfahren ist undemokratisch und nicht transparent. Fünf Tage Zeit, um 750 Seiten der Bewertung der Kommission zu lesen und dazu Stellung zu nehmen, wobei alle relevanten Marktdaten und Informationen geschwärzt sind, zeigt, dass dies kein Verfahren auf Augenhöhe ist.“ Zusammen mit der Initiative „Konzernmacht beschränken“ fordert die AbL eine Verschärfung des Wettbewerbsrechts und – sollten die Konzerne ihre Marktmacht ausnutzen – eine Entflechtung. Zudem muss eine unabhängige Markttransparenz hergestellt werden in Bezug auf Marktanteile, Besitz- und Firmenstrukturen, Verflechtungen, Cross-Lizenzen etc.

Annemarie Volling,
AbL-Netzwerk gt-freie Regionen

Deutsche Gelder global am Werk

Komplexe Finanzverschachtelungen sind wichtige Grundlage der weltweiten Jagd nach Ackerland

Weltweit haben sich in den letzten Jahren Agrarkonzerne und Finanzinvestoren riesige Agrarflächen gesichert. Dies geschieht auch in Deutschland, wie die Unabhängige Bauernstimme mehrfach berichtete – viel umfangreicher noch im Globalen Süden. So bezieht zum Beispiel Olam International, laut eigenen Angaben der drittgrößte Agrarkonzern der Welt, seine Agrarprodukte von 9,7 Millionen Hektar Land weltweit – davon unglaubliche 3,3 Millionen Hektar unter eigener Kontrolle. Mit solchen Entwicklungen steigt Landkonzentration in den Händen weniger Akteure zum globalen Phänomen auf. Der Staat Singapur hält über einen Investmentfonds die Mehrheit an Olam. Aber auch nicht genannte private Investoren aus den USA und Europa halten Anteile. Dies deutet exemplarisch auf die komplexen Finanzverschachtelungen hin, die der globalen Jagd nach Ackerland zugrunde liegen. Zwei Fälle, zu denen die Menschenrechtsorganisation FIAN arbeitet, veranschaulichen typische Finanzierungsmechanismen im Bereich Entwicklungsfinanzierung und Pensionsfonds.

Rendite für Entwicklungshilfe

Investmentfonds sind in der Entwicklungspolitik angekommen. Die deutsche Entwicklungsbank KfW erklärt, dass sie Beteiligungen an 39 Investmentfonds mit einem Wert von 1,3 Milliarden Euro hält. Der Agrar-Investmentfonds AATIF (Africa Agriculture and Trade Investment Fund) ist einer davon. Er wurde 2011 vom Entwicklungsministerium BMZ zusammen mit der KfW Entwicklungsbank und der Deutschen Bank in Luxemburg aufgelegt. Durch den dortigen Sitz konnte neben steuerlichen Vorteilen auch eine spezielle Risikostreuung eingebaut werden, die in Deutschland nicht so einfach umsetzbar war. Das so genannte Wasserfallprinzip verlagert finanzielle Risiken auf die öffentlichen Gelder. Private Geldgeber wie die Deutsche Bank können so ruhig schlafen.

Der Fonds, ausgestattet mit 180 Millionen US-Dollar und dem Mandat der Armutsbekämpfung, hat 2011 seinen ersten Kredit über zehn Millionen US-Dollar an den Agrarinvestor Agrivision Africa (damals Chayton Atlas Investments) auf Mauritius vergeben, der wiederum mehrheitlich dem eine Milliarde Euro schweren Agrarinvestor Zeder gehört. Agrivision hat bis heute knapp 20.000 Hektar Land in Sambia aufgekauft, um Getreide und insbesondere Soja anzubauen. Weiterhin profitiert der Investor von seinem Investitionsschutz und -fördervertrag, welcher Exportrechte von bis zu 80 Prozent der Produktion sichert. 2015 verbuchte er einen Gewinn von 1,9 Millionen US-Dollar, also Geld, welches aus Sambia nach Mauritius geflossen ist.

Seit etwa zwei Jahren schwelt bei einer der Farmen ein handfester Landkonflikt um die kleine Ackerfläche rund um das Dorf Ngambwa. Eine Dorfbewohnerin erklärt: „Das Ackerland wurde uns weggenommen. Wir bewirtschaften nichts mehr. Nun ist es schwierig, an Essen zu kommen. Wir wollen das Land bewirtschaften, damit unsere Kinder nicht stehlen gehen.“ Laut Bezirksvorsteher drängt Agrivision darauf, dass die Gemeinde Ngambwa zwangsumgesiedelt wird, obwohl selbst die UN-Sonderberichterstatterin zum Recht auf Nahrung, Frau Hilal Elver, die Gemeinde besuchte und große Bedenken bezüglich der Einhaltung der Menschenrechte äußerte.

Dorf Ngambwa vor der Einfahrt zur Agrivision-Farm. Foto: FIAN

Dorfbewohnerin zeigt die vom Investor beanspruchte Ackerfläche Foto: FIAN

Pensionsgelder auf Shoppingtour

Weltweit wurde die Axt an umlageorganisierte Rentensysteme gelegt. So hat sich ein gewaltiger Finanzmarkt zur Anlage von Pensionsgeldern aufgebaut. Wenigstens 41 Billionen US-Dollar Pensionsgelder sind heute weltweit angelegt. Und auch hier ist Ackerland als Investitionsobjekt in den Blick gerückt. Der US-Investor TIAA hat zwei globale Landfonds ins Leben gerufen und dafür fünf Milliarden US-Dollar von Pensionskassen eingesammelt. Mit 100 Millionen US-Dollar ist die deutsche Ärzteversorgung Westfalen-Lippe dabei. Die Fonds haben mittlerweile Ackerland in den USA, Polen, Australien und mit knapp 300.000 Hektar am meisten in Brasilien aufgekauft. Die dortige Menschenrechtslage ist erschütternd. Allein im Jahr 2017 wurden über 60 BauernsprecherInnen und LandrechtsaktivistInnen ermordet. Die Fonds investiert dort fast ausschließlich in gewaltige Soja- und Zuckerrohrfarmen. Eine internationale Recherchereise führte im Herbst 2017 in eine Gegend, in der der Fonds aktiv ist, die MATOPIBA genannte Region im Nordosten Brasiliens. Dort wurden umfangreiche Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen durch die rasante Expansion des Agribusiness dokumentiert. Gemeindemitglieder im Bezirk Santa Filomena berichten, dass ihnen Land durch mehrere Großfarmen, darunter eine Farm des Investmentfonds, genommen wurde, sie kontinuierlich bedroht werden und durch massive Abholzung und Bewässerung der neuen Megafarmen der Wasserspiegel rapide gesunken ist und die Flüsse immer weniger Wasser führen. Sie berichten: „Seit fünf Jahren sinkt das Grundwasser und die Flüsse trocknen aus.“ Die Fonds kaufen Land über Mittelsmänner, von denen einer nachweislich in systematische illegale Landtransfers verwickelt ist. Ein Gericht hatte 2016 über 124.000 Hektar illegalen Landbesitzes von Herrn De Carli annulliert. Ein umfangreicher Bericht der FIAN-Recherchereise wird im April veröffentlicht.

Viel zu tun hier in Deutschland

In den letzten drei Jahren hat der oben beschriebene AATIF-Fonds etwa 23 Millionen US-Dollar an Zinsen aus Afrika in Luxemburg eingestrichen. Die Deutsche Bank hat in diesem Zeitraum 5,4 Millionen US-Dollar für das Management des Fonds erhalten – Gewinne durch ihre Anteile am Fonds sind darin noch nicht enthalten. Zahlen für die Pensionsfonds sind nicht erhältlich. Letztendlich werfen die Beispiele ein Schlaglicht auf zwei Tatsachen. Erstens kommt der Finanzwelt und ihren globalen Knotenpunkten (hier Luxemburg, USA, Mauritius und Singapur) eine schnell wachsende und kaum zu überschätzende Rolle bei der globalen Jagd nach Ackerland zu. Zweitens sind bei genauer Betrachtung dabei immer wieder deutsche Gelder beteiligt. Da diese in der zweiten und dritten Reihe von Finanzierungskaskaden stehen, werden sie aber kaum wahrgenommen. Und so finanzieren wir aus Deutschland ein industrielles Agrarmodell, welches bei uns gesellschaftlich kaum noch akzeptiert ist. Das zeigt sich beispielsweise an der seit acht Jahren gut besuchten „Wir haben es satt!“ Demonstration in Berlin gegen die Einflüsse der Agrarindustrie.

Roman Herre,
Agrarreferent von FIAN

Alter Wein in neuen Schläuchen – oder mehr?

Aktuelle Milchviehfütterungsversuche zeigen geringe Kraftfutterverwertung auf

Ein bemerkenswerter Anlass für das deutschlandweite Forschungsprojekt „optiKuh“ offenbarte sich im Rahmen der Abschlussveranstaltung zum Projekt Ende Januar im Thünen-Institut in Braunschweig: Nach Aussagen von Dr. Justinger vom Bundeslandwirtschaftsministerium sollte optiKuh eine Antwort sein auf die in der Öffentlichkeit kritisch geführte Debatte um die intensive Milchviehhaltung. Ein in der öffentlichen Diskussion zentraler Gesichtspunkt – „Kühe gehören auf die Weide“ – fand sich allerdings weder in der Rede Justingers noch in der Anlage der durchgeführten Fütterungsversuche wieder. OptiKuh sollte Aufschluss geben über „Verbesserung der Haltung von Milchkühen durch Zuchtverfahren auf Futteraufnahme und Stoffwechselstabilität sowie Umweltverträglichkeit bei optimierter Fütterungsintensität und Nutzung von Stoffwechselindikatoren sowie Sensoren im Herdenmanagement“. Beeindruckend ist die Zahl der beteiligten Forschungseinrichtungen: Allein zwölf Versuchseinrichtungen führten mit insgesamt 1.500 Kühen unter koordinierten Versuchsbedingungen Fütterungsversuche durch. Dabei wurde von jeder Kuh die individuelle Futteraufnahme von Grund- und Kraftfutter täglich gewogen. Besonders betont wurde die Zusammenarbeit von Tierernährung und Tierzucht. Die zentrale Fragestellung bezog sich auf die Futteraufnahme bei unterschiedlichen Grundfutterqualitäten (einmal 6,1 und einmal 6,5 Megajoule (MJ) Energiedichte) und auf die Auswirkung von zwei unterschiedlichen Intensitäten im Kraftfuttereinsatz (einmal 150 g, einmal 250 g Kraftfutter je kg Milch). Die Auswertung aller Fütterungsversuche unter dem Gesichtspunkt „aufgetretene Erkrankungen“ ergab: Ein Einfluss der Fütterungsintensität auf die Gesundheit der Kühe in den Versuchen „konnte nicht gesichert abgeleitet werden“. Im Folgenden wird nur auf den ersten Schwerpunkt der Tagung eingegangen.

Geringe Kraftfutterumsetzung

Ausführlich vorgestellt wurden von den vielen Fütterungsversuchen zwei: Der Versuch mit 48 Kühen der Rasse „Deutsche Holsteins“ im Haus Riswick (Nordrhein-Westfalen) ging über zwei Jahre; die Kühe wurden mit einer Teil-TMR (Totale Mischration) mit ergänzender Kraftfutterfütterung versorgt.
Die Ergebnisse (siehe Tabelle) zeigten: Die Kühe der ersten Gruppe (Grundfutter mit 6,1 MJ Energiedichte) sind etwas schlanker. Mit steigender Kraftfuttermenge steigt die Verdrängung von Grundfutter, am stärksten bei energiereicherem Grundfutter (-1,4 kg Trockenmasse (TM) pro Tag). Mit steigender Kraftfuttermenge steigt die Gesamtfutteraufnahme, am stärksten bei energieärmerem Grundfutter (+2,2 kg TM/Tag). Bei energieärmerem Grundfutter führt die Steigerung des Kraftfutters um 3,3 kg/Tag zu einer Zunahme der Milch um 1,2 kg/Tag (d. h. 1 kg Kraftfutter führt zu 0,36 kg Milch). Bei energiereicherem Grundfutter führt die Steigerung des Kraftfutters um 3,2 kg zu einer Steigerung der Milch um 1,6 kg/Tag (d. h. 1 kg Kraftfutter führt zu 0,5 kg Milch). Ein anderer zweijähriger Fütterungsversuch fand am Landwirtschaftszentrum Aulendorf (Baden-Württemberg) mit 48 Fleckviehkühen statt. Hier kam nur eine Grundfutterqualität (6,5 MJ NEL) zum Einsatz; gefüttert wurde eine Voll-TMR. Der geringere Kraftfuttereinsatz wurde dort begleitet von einem höheren Grundfutterverzehr von plus 600 kg pro Jahr. Trotz fast 800 kg Kraftfutter mehr pro Kuh und Jahr über die gesamte Laktation brachte die Gruppe mit 250 g Kraftfutter je kg Milch keinen Mehrertrag bei der Milch (d. h. 1 kg Kraftfutter führt zu -0,19 kg Milch!).

Ökonomisch zweifelhaft

Abschließend folgte ein Beitrag von Josef Assheuer, Landwirtschaftskammer NRW, zur „Ableitung ökonomischer Empfehlungen“. Dabei stellte sich jedoch die Frage, ob der Botschaft, die die Versuchsergebnisse nahelegten – mehr Kraftfutter gibt nur sehr wenig mehr Milch – entgegen argumentiert werden sollte. So bezog sich Assheuer von den vielen Fütterungsversuchen nur auf den aus Haus Riswick. In die Berechnung der Direktkostenfreien Leistung flossen die Kosten der Grassilage nicht mit ein. Und als Berechnungsgrundlage wählte er für den Versuch am Niederrhein die Preise und Erlöse der „DLG-Spitzenbetriebe“. Während Milchpreis und Kraftfutterkosten vom Niveau her plausibel sein könnten, ist der angenommene Preis für Maissilage (12,50 Euro/dt/TM) reichlich hoch angesetzt und für Stroh mit 22,50 Euro/dt/TM geradezu absurd hoch. Auch stellt sich die Frage: Welchen Sinn machen Wirtschaftlichkeitsberechnungen auf Grundlage von Versuchsbetrieben? Assheuer beendete seinen Beitrag nichtsdestotrotz mit der Aussage: „In der Summe werden die bisherigen Beratungsempfehlungen bestätigt.“ Eine möglichst hohe Milchleistung scheint betriebswirtschaftlich unantastbar zu sein. Doch mit den Versuchsergebnissen vor Augen ging ein Raunen durch den Saal.

Nachgerechnet

In der Diskussion wurde nachgehakt, warum angesichts der Anlage der Fütterungsversuche nicht unmittelbar die Veränderungen bei Kraftfutterverbrauch und Milchleistung ausgewertet wurden. Ein solches Vorgehen hätte unter Berücksichtigung der Zu- bzw. Abnahme der Grundfutteraufnahme nach eigener Berechnung im Anschluss an die Veranstaltung (mit Assheuers Zahlen, basierend auf dem Versuch Haus Riswick) deutliche Ergebnisse gebracht, die an der Wirtschaftlichkeit möglichst hoher Milchleistung durch hohe Kraftfuttergaben zweifeln lassen: Bei Grundfutter mit 6,1 MJ Energiedichte und Vergleich der unterschiedlichen Kraftfuttervarianten (1 kg Kraftfutter erzielt 0,36 kg Milch) ergibt sich eine Kostensteigerung um 26,75 Cent bei einer Erlössteigerung um 12,10 Cent pro Kilogramm. Bei Grundfutter mit 6,5 MJ Energiedichte und Vergleich der unterschiedlichen Kraftfuttervarianten (1 kg Kraftfutter erzielt 0,5 kg Milch) ergibt sich zur Kostensteigerung um 26,75 Cent eine Erlössteigerung um 16,80 Cent. Allerdings wäre eine ernsthafte wirtschaftliche Bewertung nur möglich, wenn unterschiedlich wirtschaftende landwirtschaftliche Betriebe, die über viele Jahre nach der einen oder anderen Fütterungsstrategie arbeiten, ausgewertet würden. Wirklich „neu“ sind die Erkenntnisse aus den aufwendigen Versuchen nicht. Im Wesentlichen haben die Untersuchungen von Prof. Haiger (Wien) und Dr. Baum (Bonn) in den 90er Jahren schon die notwendige Erkenntnis vorgestellt. Auch die Tatsache, dass die Tiergesundheit sich bei Absenkung des Kraftfutterniveaus nicht verschlechtert, ist schon lange bekannt. Zu hoffen ist, dass auf Grund der öffentlichen Debatten um Probleme der intensiven Milchviehhaltung die Erkenntnisse, die schon vor vielen Jahren erarbeitet wurden, wenigstens jetzt in den Köpfen der „Wissenschaftsgemeinde“ ankommen dürfen.

Professor Onno Poppinga,
Kasseler Institut für ländliche Entw.

	Grundfutter mit 6,1 MJ NEL		Grundfutter mit 6,5 MJ NEL	
	Kraftfutter		Kraftfutter	
	150g/kg Milch	250g/kg Milch	150g/kg Milch	250g/kg Milch
Grundfutter kg TM/Tag	19,1	18,9	20,0	18,6
Kraftfutter kg TM/Tag	2,5	5,8	2,6	5,8
Milchmenge kg ECM/Tag	25,1	26,3	26,7	28,3
Lebendmasse der Kühe	648	672	668	673

Ergebnisse des Fütterungsversuchs Haus Riswick (TM: Trockenmasse; ECM: auf gleichen Energiegehalt umgerechnete Milchleistung)

Vom Hören und Handeln

AbL-Niedersachsen diskutiert auf Frühjahrstagung mit Ministerin Otte-Kinast

Ein erstes Treffen ist meist ein vorsichtiges Sich-umeinander-herum-Bewegen, bei dem jeder darauf bedacht ist, dem anderen nicht auf die Füße zu treten. Dafür war die erste Veranstaltung der AbL Niedersachsen, auf der die dortige neue Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast (CDU) begrüßt werden konnte, schon eine vielfältige und deutliche Veranstaltung. Vielleicht sorgten die wohlwollende Offenheit, mit der AbL-Landesvorsitzender und Milchbauer Ottmar Ilchmann die Ministerin empfing und die sie sogleich zurückvermittelte, für die manchmal fast launige Stimmung. Der gesamte Niedersachsen-Vorstand trug allerdings trotzdem konstruktiv Baustellen an Otte-Kinast heran, die zur Bearbeitung anstehen. Allen voran die Kontroverse um die abgeschaffte Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete, als deren Ersatz ihr Vorgänger Christian Meyer eine Weideprämie geplant hatte. Otte-Kinast sagte, sie sehe den Bedarf für „so eine Art Prämie. Da müssen wir uns was einfallen lassen.“ „Wir“ soll und kann da auch der Bund sein. Allerdings verspreche sie nichts. Letzteres zog sich durch die Veranstaltung. Otte-Kinast hörte zu – das tat sie wirklich und sagte es nicht nur. Sie schrieb auf, will mitnehmen.

Offene Gespräche

Wenn ihr aber konkrete politische Handlungen abgefordert wurden, wie der Einsatz bei der kommenden Agrarministerkonferenz für einen Aufschlag auf die ersten Hektare oder für ein Kriseninstrument zur Milchmengenreduzierung, ließ sie sich nicht festnageln. Einmal verließ sie dabei auch den Diplomatenmodus, in dem sie sonst freundlich blieb: „Das will ich nicht beantworten!“, machte sie klar, als sie zum dritten Mal nach den ersten Hektaren gefragt wurde. Sie führe gerade offene Gespräche mit ihren Amtskollegen auch anderer Couleur. AbL-Geschäftsführer Georg Janßen gab ihr mit, dass die Politik vielleicht zu lange schon nur zugehört und Dialoge geführt habe und der jetzt allerorten beklagte mangelnde gesellschaftliche Zusammenhalt ein Ergebnis nicht irgendwann auch handelnder Politik sei. Sie könne für bäuerliche Betriebe handeln: bei der GAP, der Bodenpolitik, der Tierhaltung. Ebenso ging Janßen auf Otte-Kinasts Aussage ein, sie halte es für nicht sinnvoll und sogar für gefährlich, in den Milchmarkt einzugreifen, indem er zu bedenken gab, dass der Markt auf dem ökologischen wie auch auf dem sozialen Auge blind sei. Der Wert bäuerlicher Strukturen im ländlichen Raum, wie er ihr immer wieder – egal ob im Zusammenhang mit einem vielfältigen Ackerbau für die Biodiversität, einer artgerechten Tierhaltung oder einer Zukunftsperspektive für junge Leute auf den Höfen – von AbLern vorgetragen wurde, diesen Wert sieht sie. Sie betont den nötigen Austausch mit der Gesellschaft. Sie sieht das Schwinden bäuerlicher Strukturen, den Bedeutungsverlust in Debatten, bedauert das, scheint aber bislang noch zu wenig bereit, wirklich politisch gegenzusteuern. Nur Breitbandausbau, zu dem sie sich eindeutig bekannte, reicht eben nicht, um Bauernhöfe und damit auch den Kitt des ländlichen Raumes zu erhalten, das war nicht nur das Gefühl von Bethi Fresen, die als niedersächsische Hofübernehmerin und Mitglied im AbL-Bundesvorstand eine Umverteilung der GAP-Gelder forderte. Auch im Hinblick auf das AbL-Punktepapier signalisierte Otte-Kinast wie so oft an diesem Sonntagvormittag bei Hannover: Ich höre zu, ich nehme mit – mehr aber auch nicht. *cs*

Bäuerliche Betriebe fördern und erhalten

AbL-Tagung in Nordrhein-Westfalen diskutierte zukünftige Agrarpolitik, Tierhaltung und Umweltwirkungen

Rund um die neue Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) sollte es gehen – doch die Landesagrarministerin Christina Schulze-Föcking (CDU) hatte zur Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Nordrhein-Westfalen (NRW) am 16. März kurzfristig abgesagt. Dafür gab ihr Staatssekretär Dr. Heinrich Bottermann den rund 50 Tagungsgästen einen Ausblick aus Sicht des Ministeriums. Zunächst skizzierte er die vereinbarten Eckpunkte der Sonder-Agrarministerkonferenz (AMK) vom Januar als kleinsten gemeinsamen Nenner: Erhalt des bisherigen Finanzrahmens der GAP, mehr Handlungsspielräume für die Regionen, Reduzierung der direkten EU-Vorgaben, Erhalt der Direktzahlungen als Instrument der Einkommens- und Risikoabsicherung in liberalisierten Märkten. Nordrhein-Westfalen setze sich für eine starke erste und zweite Säule ein, ohne weitere Mittel umzuschichten. Einer Deckelung der Zahlungen und einer höheren Gewichtung der ersten Hektare stünden sie offen gegenüber. Festgelegt hätten sie drei inhaltliche Schwerpunkte: Weiterentwicklung der Nutztierhaltung, Gewässerschutz vor Nährstoffeinträgen und Schutz der Biodiversität. In der Nutztierhaltung werde die Entwicklung nicht so weitergehen können wie bisher. „Da werden wir zu neuen Stallhaltungssystemen kommen“, so der Staatssekretär, „neu konzipiert entsprechend der Umwelt- und Tierschutzanforderungen. Wir werden Wege finden müssen, das Schwänzekupieren bei Schweinen nicht mehr in Kauf zu nehmen.“ Heutige Probleme mit Luftbelastungen und Gewässereinträgen müssten berücksichtigt werden.

Lebendige Diskussion: (v.l.n.r.) Prof. Dr. Karin Holm Müller, Dr. Heinrich Bottermann, AbL-NRW Vorsitzende Ophelia Nick, Ulrich Jasper Foto: Jörres

Perspektiven

Bei allen anstehenden Veränderungen zum Schutz von Umwelt, Klima und Nutztieren möglichst viele bäuerliche Betriebe zu erhalten – das benannte Ulrich Jasper, Bundesgeschäftsführer der AbL, als besondere Herausforderung. „Über Tierhaltung haben wir schon jahrelang diskutiert“, so Jasper, „da sind wir nun eher bei der Frage, wie die Veränderungen gestaltet werden – auch um den Betrieben eine Perspektive zu eröffnen. Dagegen hat der Prozess im Ackerbau gerade erst begonnen, über notwendige Veränderungen nachzudenken.“ Als Vorschlag für die anstehende GAP-Reform bringe die AbL ein Punktesystem ein, um die Direktzahlungen zu qualifizieren. Dafür würden schon heute erhobene Antragsdaten anders ausgewertet und nutzbar gemacht. „Weil die Strukturen und Schlaggrößen bedeutend für die Biodiversität sind, hat der Erhalt einer Vielfalt von Betrieben eben nicht nur eine soziale, sondern auch eine ökologische Funktion“, betonte Jasper. Von der Landesregierung NRW wünsche er sich ein klares Bekenntnis dafür, dass mehr Betriebe von den Direktzahlungen profitieren sollen: „Die Folge wäre dann z. B. für eine Besserstellung der ersten Hektare eben nicht, die Bezugsgrenze von 46 auf 70 Hektar zu erhöhen – was bei gleichbleibenden Mitteln einer Verdünnung gleichkommt – sondern Bereitstellung von mehr Geld durch höhere Umschichtung.“

Sympathisches Punktesystem

Die Vergabe von Punkten zur Honorierung gesellschaftlicher Leistungen bezeichnete die Professorin für Ressourcen- und Umweltökonomik, Prof. Dr. Karin Holm-Müller von der Uni Bonn, als „sympathisch“. Als Mitglied des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU) vertrete sie die Ansicht, dass Agrarzahlungen zukünftig strikt am Nutzen für die Gesellschaft festzumachen seien. Die AbL-Vorschläge bezeichnete sie im Grundsatz als „sehr gut“, weil sie „denen eine Chance geben, die Wettbewerbsvorteile bei öffentlichen Leistungen haben. Es ermöglicht Landwirten, sich nicht mehr zwischen Marktleistungen und Ökologie entscheiden zu müssen.“ *cet*

Biodiversität und Wahlen

Mitgliederversammlung der AbL-Bayern bei Landau

Zur Jahresversammlung der AbL Bayern kamen rund 60 Mitglieder, interessierte Gäste aus der Landes- und Bundespolitik und von befreundeten Verbänden wie BUND Naturschutz, ANPLO (Arbeitsgemeinschaft noch produzierender Landwirte Ostbayern) und BDM (Bundesverband deutscher Milchviehhalter) im Gasthaus Schachtner in Oberhöcking bei Landau. Unter dem Titel „Kleinräumige Landwirtschaft – für Artenvielfalt so wichtig wie Ökolandbau?“ stellte Anne-Kathrin Happe, M. Sc. Biodiversität & Ökologie, derzeit Doktorandin an der TU Darmstadt, verschiedene Forschungsergebnisse zur Biodiversität vor. Unter anderem war sie beteiligt an der viel beachteten Studie von Prof. Tscharntke und Dr. Batary von der Universität Göttingen, wonach kleine Strukturen höhere Kosten verursachen, aber die Biodiversität ähnlich stark fördern wie der ökologische Landbau (siehe dazu auch die Ausgaben der Bauernstimme Nov. und Dez. 2017). In der derzeitigen pauschalen Flächenförderung der EU-Direktzahlungen, so ihre Analyse, werde dieser wichtige Aspekt bisher leider nicht berücksichtigt. Nach Rechenschaftsbericht und Jahresvorschau des Vorstands zu aktuellen agrarpolitischen Themen (artgerechte Tierhaltung, Düngeverordnung u. w.) folgten die Berichte der AbL-Regionalgruppen über ihre zahlreichen Veranstaltungen und Aktivitäten. Schließlich wurde die langjährige erste Landesvorsitzende Edith Lirsch, die sich nach 14 Jahren aus der aktiven Vorstandsarbeit zurückzieht, verabschiedet. Zur neuen ersten. Landesvorsitzenden wurde die frühere AbL-Bundesvorsitzende Gertraud Gafus gewählt, die im Landkreis Berchtesgaden einen Bergbauernhof mit Gastwirtschaft betreibt. Im Amt bestätigt wurden der erste Landesvorsitzende Josef Schmid sowie die Stellvertreter Isabella Hirsch und Johann Zacherl. Mit der Mischung aus erfahrenen und neuen Vorstandsmitgliedern freut sich der Vorstand auf die zahlreichen Aufgaben der kommenden zwei Jahre, wobei die Landtagswahl in Bayern, das Volksbegehren gegen Flächenverbrauch und die Reform der GAP besondere Gelegenheiten bieten, die AbL-Positionen zum Erhalt einer bäuerlichen Landwirtschaft in die Debatten einzubringen.

Andrea Eiter,
AbL-Bayern

Neuer Landesvorstand – vorn v. l.: Andrea Eiter, Josef Linhuber, Irene Popp, Monika Huber, Andreas Hauer, Lucia Egner, Josef Schmid. Hinten v. l.: Johann Zacherl, Rosi Reindl, Franz Rottenkolber. Nicht im Bild: Gertraud Gafus, Isabella Hirsch, Georg Martin, Hans Lachner.
Foto: Luderer-Ostner.

Bäuerliche Strukturen lokal, regional und weltweit

Tagung der AbL in Baden-Württemberg

Vielfältige und bäuerliche Landwirtschaft” war das Motto bei der Frühjahrstagung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Baden-Württemberg am 11. März in Herrenberg-Gültstein. Der Bogen war weit gespannt, denn Schutz und Förderung kleinbäuerlicher Strukturen sind lokal, regional, aber auch weltweit nötig.

Martina Braun, Biobäuerin aus dem Schwarzwald und Landtagsabgeordnete der Grünen, berichtete von ihren Aktivitäten auf Landesebene. Die Grünen stellen in Baden-Württemberg zwar den Ministerpräsidenten, das Landwirtschaftsministerium wird jedoch von CDU-Minister Peter Hauk geleitet. Braun erzählte von ihrer Vernetzungsarbeit im ländlichen Raum, von vielen Gesprächen und den Ansätzen im Kleinen vor Ort. Sie berichtete von ihren Bemühungen um eine bessere landwirtschaftliche Ausbildung und vom Großküchenprojekt „Große Küche – Gutes Essen“: In ausgewählten Pilotbetrieben wird versucht, eine ausgewogene und in allen Belangen nachhaltigere Verpflegung der Essensgäste umzusetzen. Die anschließende Diskussion zeigte: Die meisten Bäuerinnen und Bauern im Saal suchen den konkreten Draht zur Politik. So gaben sie Braun eine ganze Reihe von Ideen mit auf den Weg, von der Bodenpolitik bis zur Förderung von Existenzgründern, von der Herausnahme der Biobauern aus der Düngeverordnung bis zur Neugestaltung der europäischen Agrarpolitik.

Tier, Acker und Rechtspolulismus

Über die nationale Ebene referierte der aus dem hohen Norden angereiste AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen. Er begann mit grundsätzlichen Überlegungen zur Auseinandersetzung mit den erstarkenden Rechtspopulisten, auch in der Bewegung für eine bäuerliche Landwirtschaft. Da sei es notwendig, klar Position zu beziehen und z. B. deutlich zu machen, dass es nicht um Ausgrenzung, sondern um Solidarität aller Bäuerinnen und Bauern weltweit gehe. Den ehemaligen Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt bezeichnete Janßen als „den leidenschaftslosesten Landwirtschaftsminister“, den es je gab. Möglich, dass sich mit der neuen Bundesregierung etwas ändert; sie stellt bis 2021 1,5 Mrd. Euro an zusätzlichen Mitteln für den notwendigen Umbau der Landwirtschaft bereit. Aber noch sei unklar, wofür die Mittel eingesetzt werden. Die AbL müsse klare Konzepte für Tierhaltung und Ackerbau einbringen. Dabei dürften die Bauern nicht auf den Kosten des Umbaus sitzen bleiben und der Staat müsse auch seiner Schutzfunktion für die Marktbeteiligten wieder nachkommen. Als Beispiele nannte Janßen ein Bonus-Malus-System für den Milchmarkt, Regulierungen im Bereich der Bodenpolitik und ein klares Verbot der Gentechnik sowie keine Patente auf Pflanzen und Tiere.

Wolfgang Hees nahm die globalen Zusammenhänge in den Fokus. Der Biobauer aus den Reihen der AbL macht sich seit langem bei Via Campesina für die Rechte von Bäuerinnen und Bauern stark und nimmt an den Verhandlungen zu einer „UN-Deklaration für die Rechte der Bauern“ teil. Eine solche Deklaration sei wichtig, um sich weltweit auf die darin formulierten Rechte berufen zu können. Dabei gehe es nicht nur um Probleme der sogenannten Entwicklungsländer, sagte Hess und nannte die Nyeleni-Bewegung für Ernährungssouveränität: Bäuerinnen und Bauern, aber auch Bürger und Verbraucher wollen sich unabhängiger machen vom Einfluss weltweit agierender Konzerne – für vielfältigere und freie Entscheidungsmöglichkeiten. Ein großer Nyeleni-Kongress mit Teilnehmern aus dem gesamten deutschsprachigen Raum wird im November 2018 in Freiburg stattfinden.

Fazit der Veranstaltung: Es ist bedenklich und traurig, dass seit 2005 in Deutschland 120.000 Betriebe verloren gegangen sind. Aber die Bewegung, die an Alternativen bastelt, ist lebendiger denn je.

Petra Müller,
Vorsitzende AbL Baden-Württemberg

Dropleg-Technik schützt Bestäuberinsekten

Auch in Rheinland-Pfalz wird der Einsatz im Raps möglich

Raps ist eine der wenigen ackerbaulichen Nutzpflanzen, die zu einer üppigen Blüte kommen und damit einer Vielzahl von Bestäuberinsekten – allen voran den Bienen – auch als Nahrungsquelle dienen. Zwar ist Raps als Windbestäuber nicht grundsätzlich auf die Insektenbestäubung angewiesen, wissenschaftliche Untersuchungen haben allerdings ergeben, dass sie den Ertrag erhöhen kann. Bei der im konventionellen Rapsanbau bislang üblichen Überkopfspritzung werden Blütenpollen und Nektar direkt in den Rapsblüten mit dem Wirkstoff kontaminiert. Es gibt inzwischen eine technische Möglichkeit, diese Kontamination um – laut Universität Hohenheim – 98 % zu verringern: Bei der sogenannten Dropleg-Technik sind die Spritzdüsen mit einer Verlängerung tiefer an der Spritze aufgehängt. Damit werden die Blüten weitestgehend unterfahren. So kann beispielsweise das Fungizid gegen Sklerotinia direkt an die Stängel gelangen. Dropleg wurde 2017 von der European Land Owners Association im EU-Parlament in Brüssel mit dem European Bee Award für bienenfreundliche Spritztechnik ausgezeichnet. In Hessen wird die Dropleg-Technik im Raps schon seit 2014 erfolgreich eingesetzt. Wer eine Spritzung in der Zeit der Blüte im Raps für notwendig erachtet, sollte diese nur noch so durchführen (lassen). Feldversuche des hessischen Pflanzenschutzdienstes mit dem Dropleg-System ergaben keine Indikation für eine Anwendung eines Insektizids. Auch die Hessische Erzeugergemeinschaft der Rapsanbauer (HERA) empfiehlt auf den Einsatz eines Insektizids zu verzichten. Ihre Erfahrungen mit einem guten Bienenbesatz zeigen, dass Mehrerträge von fünf bis zehn dz/ha durch die erhöhte Bestäubungsleistung möglich sind. Die HERA fördert mitgliederintern die Dropleg-Anwendung im Raps mit 10 Euro/ha. Auf Betreiben des Imkerverbandes Rheinland-Pfalz und der AbL RLP-Saarland hat das Lohnunternehmen Kreischer-Agrar bei Lauterecken als erstes in RLP seine Feldspritze mit der Dropleg-Technik aufgerüstet. Joachim und Philipp Kreischer geht es „um den Schutz der Natur, auf die wir alle angewiesen sind“. Dabei fallen Kosten in Höhe von ca. 200 Euro pro Meter Spritzgestänge an. In Rheinland-Pfalz gibt es bislang keine staatliche Förderung für die Aufrüstung einer Feldspritze mit Droplegs. Dazu meint Joachim Kreischer: „Dass es in RLP keinerlei Unterstützung für solch eine Technik gibt, finde ich sehr schade, denn sonst wäre diese sicher weiter verbreitet.“ Dabei zahlt sich die Dropleg-Technik für Natur, Bauern und Imker aus. Die Imkerverbände empfehlen ihren Mitgliedern das verstärkte Anwandern von Bienenvölkern an mithilfe der Dropleg-Technik behandelte Rapsblütenbestände. Langfristig könnten eine erweiterte Fruchtfolge und der Einsatz biologischer Mittel einen gänzlichen Verzicht auf die Rapsblütenspritzung ermöglichen.

Franz Botens, Imkerverband Rheinland-Pfalz e. V.

Biene bei der Arbeit Foto: Michel/pixelio

Frauen erspielen Zukunft

Bäuerinnentreffen in Österreich mit kleinbäuerlicher Berglandwirtschaft und Theaterpädagogik

Eingeladen von den ÖBV-Frauen (österreichischer Berg- und Kleinbäuer*innenverband), kam an einem Wochenende im Februar eine frauenstarke Gruppe in Salzburg zusammen: Bäuerinnen von La Via Campesina aus Spanien und Österreich, von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Franken und der jungen AbL. Das Wochenende begann mit einer Exkursion ins nahegelegene Lungau. Menschen dreier unterschiedlicher Landwirtschaftsbetriebe erklärten, wie sie u. a. durch gemeinsame Vermarktung den Erhalt ihrer Höfe mit zehn bis 15 Hektar in dieser Bergregion realisieren. Laufener Landweizen und Tauernroggen werden in der Hofbackstube verarbeitet, jeweils überschaubare Herden von Ziegen, Schafen und Kühen liefern die Milch für zwei Hofkäsereien. Leindottersalz, Zirbenschnaps, Spaghetti erweitern die Produktpalette. Auf diesem Wege werden auch alte Getreidesorten und Schweinerassen erhalten, die an die spezifischen Verhältnisse des Lungau besonders gut angepasst sind.

Der eigentliche zweitägige Seminarteil thematisierte mit Hilfe theaterpädagogischer Methoden die Herausforderungen und Probleme der Bäuerinnen in ihrem Alltag. Der brasilianische Theaterautor Augusto Boàl hat verschiedene Methoden entwickelt, mit denen Probleme visualisiert und Lösungsansätze entwickelt werden können – z. B. mit dem „Forumtheater“. Zuerst wird die Problemszene vorgespielt. Daraufhin haben die Zuschauer die Möglichkeit, aktiv in das Theaterspiel einzugreifen, selbst in eine der Rollen zu schlüpfen und somit Szenensequenzen zu verändern. Durch die Veränderungen werden Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt, die verhindern, dass eine Situation in der Krise gipfelt. Das Themenspektrum aus der Erfahrungsrealität der Bäuerinnen reichte von Problemstellungen wie der Klimakrise und dem Einfluss von übermächtigen politischen und ökonomischen Institutionen bis zur Konfrontation mit weit verbreiteten, gesellschaftlich geprägten, stigmatisierenden Frauenbildern. Das Wochenende hat dazu angeregt, sich auch in Bezug auf andere Themenkomplexe, etwa bei der Verständigung innerhalb von Wertschöpfungsketten oder bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen, eingehender mit theaterpädagogischen Methoden auseinanderzusetzen.

Ausblick: weitere Vernetzung

Vor dem Hintergrund der mitreißenden Dynamik der österreichischen Gastgeberinnen entstand bei den Teilnehmerinnen aus Deutschland die Idee, sich auch innerhalb der AbL bewusster mit der Begegnung zwischen Menschen auseinanderzusetzen und zu einer stärkeren Vernetzung der Frauen innerhalb der AbL einzuladen. Dazu ist als erster Schritt eine Fortführung der Bäuerinnentreffen in Franken in diesem Jahr geplant.

Mareike Artlich, Josefine Märker, junge AbL

Mehr Infos und Kontakt unter: frauen.abl@gmail.com

Frauenstarke Seminargruppe in Salzburg Foto: ÖBV

Alle sehen eine Katze

Hier läuft eine Katze über die Seiten dieses ungewöhnlichen Bilderbuches: zunächst ganz so, wie wir Menschen sie wahrnehmen. Doch dann sehen wir, wie verschiedene Tiere – z. B. Hummel, Hund, Vogel, Floh, Regenwurm und Fledermaus – eine Katze auf ganz individuelle Weise wahrnehmen, nämlich durch einen Filter, der durch ihre Größe, ihre Biologie oder auch ihren Stand in der Nahrungskette entsteht. Und da hat z. B. eine Maus definitiv ein sehr eigenes Katzenbild … Alles eine Frage der Perspektive. Sehr schön illustriert regen die Bilder dazu an, zu überlegen: Wieso sieht die Hummel die Katze in Form bunter Punkte? Warum betrachtet der Vogel nur den Rücken? Was für ein Abbild stellt sich dem Regenwurm im dunklen Boden dar? *cet*

Brendan Wenzel (Autor u. Illustrator): Alle sehen eine Katze. NordSüd-Verlag 2018, Bilderbuch ab ca. 5 Jahre, 44 Seiten, gebunden, 15 Euro, ISBN: 978-3-314-10405-3, zu beziehen über den AbL-Verlag

Spielend Essen & Trinken

Bei dem kurzweiligen Kartenspiel Anno Domini müssen erstaunliche, wirre, wichtige, unzusammenhängende Ereignisse in die richtige zeitliche Abfolge gebracht werden – dabei gibt es ganz unterschiedliche Themenausgaben, eine davon "Essen und Trinken". Alle Spieler haben anfangs ein paar Karten vor sich liegen; jede Vorderseite trägt ein, mehr oder weniger wichtiges, geschichtliches Ereignis aufgedruckt. Auf der verdeckten Rückseite ist die dazugehörige Jahreszahl zu finden. Anno Domini - Christi Geburt - Jahr 0. Doch was war davor, was war danach, in welcher Reihenfolge nahm die Geschichte ihren Lauf? Reihum fügt jeder Spieler eine seiner Karten in die Reihe ein. An welcher Stelle er das tut, bleibt ihm überlassen. Hauptsache ist, dass man überzeugend argumentiert, dass diese Stelle die chronologisch richtige ist. Es kommt dabei jedoch nicht auf exaktes Wissen an. Denn wer weiß schon, ob Hühner amerikanischen Boden betreten haben bevor oder nachdem Kronkorken als Flaschenverschluss verwendet wurden? Wer gut bluffen kann, hat beste Chancen seine Karten als Erster loszuwerden und damit zu gewinnen. *cet*

Anno Domini – Essen & Trinken. Kartenspiel von Urs Hostettler, Abacus Spieleverlag, 2016, für 2-8 Spieler, 340 Karten, Spieldauer ca. 30Min., ab 10 Jahren, EAN 4011898091625, 13,99 Euro, zu beziehen über den AbL Verlag

Die Kinder der Gerechten

Frankreich 1942. Als der Bootsbauer Virgile und seine Frau Victoria gebeten werden, Flüchtlingen über den Fluss zu helfen, verändert sich das Leben des kinderlosen Paares von einem Tag auf den anderen. Sie nehmen die zehnjährige Sarah und den gleichaltrigen Élie bei sich auf und verstecken sie – vor den Deutschen wie vor den kollaborierenden Landsleuten. Der Autor Christian Signol erzählt vom Leben der einfachen Menschen im Kampf gegen das Übel des Zweiten Weltkriegs. Einfühlsam und bewegend beschreibt er die Nöte und den herausragenden Mut des Paares Victoria und Virgile, die aus der ihnen begegnenden Not erkennen, dass es nur einen Weg für sie gibt: Sie müssen handeln! *vt*

Christian Signol: Die Kinder der Gerechten. Verlag Urachhaus, 220 Seiten, gebunden, ISBN 978-3-8251-7868-0, 20,- Euro, zu beziehen über den AbL Verlag

Bestellcoupon

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter www.bauernstimme.de

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe ❑ 2018 Schwerpunkt: Globalisierung gestalten 24,00 Euro ❑ 2017 Schwerpunkt: Wasser - 24,00 € ❑ € ❑ 2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit- 10,00 €, weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

Das wahre Landleben!

Bücher:

.... 9,80 € - Sechs Wochen auf der Scholle
.... 11,00 € - Bauernparty
.... 11,00 € - Nützt ja nix
.... 11,00 € - Schubkarrenrennen
.... 11,90 € - Der Wollmützenmann
.... 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
.... 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

.... 10,00 € - Einmal Bauer immer Bauer
.... 10,00 € - König Silo
.... 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
.... 10,00 € - Ein Bauer erzählt
.... 9,50 € - live im Lutterbecker

Bodenpolitik in Ostdeutschland

.... 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
.... 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

.... 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Hofschilder und Poster

... 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
... 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
.... je zzgl 5,50 € € Versand

Junge Landwirtschaft:

.... 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
.... 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Bitte Adresse einsetzen::

_____

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €
Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt
Ich zahle:
❑ nach Erhalt der Rechnung
❑ per SEPA-Lastschriftmandat
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __

IBAN: __

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.
Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder
AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221
Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?
Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 20,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 3,00 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 3,00 € für die Rechnungsstellung erhoben.
Anzeigen bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de,
Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS Mai ist der 18. April 2018.**
Chiffrezuschriften: AbL Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

sonstiges

• **Wohnung (ca. 124 Quadratmeter)** auf kleinem vielseitigen Biohof ab 1.07.2018 zu vermieten, Urlaub- und zeitweilige Wochenendvertretung erwünscht, selbstverantworteter Gemüseanbau oder spätere Pacht des Hofes wäre eventuell möglich. Raum Gütersloh, NRW. E-mail uegg01@web.de

• **NEBENJOB als Vertriebspartner** für Hunde- und Katzennahrung, wohnortnahes Arbeiten, keine Logistik, kein Inkasso, www.duahl-vertrieb.de. Wilfried Durchholz & Erika Sievers GbR
☏ 0178 – 832 47 25

• **DIREKTVERMARKTUNG DIGITAL**
Zuviel Aufwand im Verkauf? Mehr Effizienz mit integrierter Hofpräsentation, Bestellrundbrief und automatischer Bestellauswertung. Mehr Infos hier: www.stadt-land-direkt.de oder jetzt anrufen: ☏ 030 - 31 16 53 05

• **WEBSITE RECHTSSICHER MACHEN**
Neue EU-Datenschutzgrundverordnung ab Mai 2018 in Kraft. Abmahnungen vermeiden mit anwaltlich erstellten Vorlagen (Datenschutzerklärung, Impressum). Formulare verschlüsseln. www.stadt-land-direkt.de
Jetzt anrufen: ☏ 030 - 31 16 53 05

Milch reist nicht gerne - Milchbauern schon

In einer spannenden Foto-Ausstellung schildern zwei Milchbauern ihre Begegnungen mit den Berufskollegen aus Burkina Faso und zeigen, wie wir in der EU zu fairen Handelsbeziehungen beitragen können.

Ausstellungseröffnung Westerstede : 09. April 2018, 16.30 Uhr, Foyer Kreishaus, Ammerlandallee, Westerstede. Einführende Kurzvorträge von Kerstin Lanje (Misereor) und Ottmar Ilchmann (ABL) zur Situation des Milchmarktes in Europa mit anschließender Publikumsdiskussion.
Vom 09.04.-11.05. 2018 ist die Fotoausstellung geöffnet.
Die Ausstellung eignet sich auch für Schulklassen und Projektwochen.

Ausstellungseröffnung Weilheim: 11. April 2018, 19.30 Uhr, Staatliche Realschule Weilheim Prälatenweg 5, 82362 Weilheim, mit Vortrag von Johannes Pfaller und anschließender Diskussion.
Vom 12.-20. April 2018, Mo-Fr. 8.00-16.00 Uhr ist die Fotoausstellung geöffnet. Weitere Termine in Weilheim nach telefonischer Vereinbarung: Irene Popp, 08808 / 696.

Jahresmitgliederversammlung Regionalgruppe Bayerisch Schwaben

04.04.2018, 20.00 Uhr

Leben um zu arbeiten oder arbeiten um zu leben - Burnoutgefährdung in der Landwirtschaft

Vortrag von Dipl.-Psychologe Reinhard Weber, Fachklinik Höhenried

Anschl. Rückblick und Ausblick, Neuwahl Sprecher und Beiräte

Ort: Gasthaus Sonne, Lindauer Strasse 32, 86399 Bobingen
Ansprechpartnerin: Andrea Eiter, aheiter@freenet.de, 0170/99 134 63
Wir freuen uns auf zahlreiches Erscheinen, bringt gerne interessierte Gäste mit!

Veranstaltungen

Imkertag

04.04.2018, 9.30 Uhr, Weissach
45. Weissacher Imkertag.

Strudelbachhalle, Flachter Straße 60, 71287 Weissach

Welternährung

05.04.2018, 19 Uhr, Hamburg
Vortrag von Prinz Felix zu Löwenstein: Nehmt die Axt von der Wurzel! - Wie wir uns ernähren, ohne unsere Lebensgrundlagen zu zerstören.

Ort: Katholischen Akademie Hamburg, Herrengraben 4, 20459 Hamburg (Nähe S-Bahn Stadthausbrücke), Eintritt frei.

Besuch beim Biohof Reuter

06.04.2018, 14 Uhr,Flachslanden
Hofladen, Eier- und Nudelvermarktung, Besichtigung von Biohof und Hühnermobil.

Ort: Ebenhofstraße 9, 91604 Flachslanden/Neustetten Anmeldung: Isabella Hirsch, Tel.: 09852-1846

Saatgutfestivals...

08.04.2018
... an folgenden Veranstaltungsorten:

25704 Meldorf, Süderstraße 9, Traumausstatter, 11-16 Uhr
53115 Bonn Nutzpflanzengarten der Uni Bonn, 12-15 Uhr
97947 Grünsfeld Hauptstraße 53 Stadthalle, 13 Uhr
weitere Termine: www.nutzpflanzenvielfalt.de/termine

Landlosenbewegung MST

Wolfgang Hees (Vorstand der Freunde der Landlosenbewegung „Amigos MST Deutschland“) kommt in Begleitung von Aktivisten der Bewegung „Movimento dos Sem Terra (MST)“ aus Brasilien, die sich im April 2018 in Deutschland aufhalten.

11.04.2018, 19 Uhr Welthaus Stuttgart, Charlottenstraße 17, 70173 Stuttgart
12. 04. 2018, 19.30 Uhr, Kulturzentrum Dieselstraße, Dieselstraße 26, Esslingen am Neckar

Ackern für die Zukunft

12.04.2018, 19 Uhr Ansbach
Podiumsdiskussion zum Thema: Ackern für die Zukunft – Herausforderung Agrarwirtschaft! Globalisierung, Soziales, Ökologie, Tierschutz.

Information: Isabella Hirsch, Tel.: 09852-1846

Welches Wachstum ernährt die Welt? Vorträge und Workshop

30. Mai 2018, 10.00 - 17.00 Uhr, Lüneburg

Programm:

Kann Bio Deutschland und die Welt ernähren?
- Axel Wirz, FIBL Deutschland

Welches Wachstum fördern Handelsabkommen?
- Kerstin Lanje, Misereor

Die Konzernmacht wächst, was bedeutet das für unsere Ernährung? *- Jutta Sundermann, Aktion Agrar*

Mittagspause

Anschließend: Drei Arbeitsgruppen zu den Themen:
Bio- und Welternährung, Handelsabkommen, Konzernmacht
Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse.

Veranstalter und Anmeldung: www.agrarkoordination.de
Ort: Leuphana Universität, Lüneburg

Regionale Biomessen

OST bio — 22. April 2018, 09.00 – 17.30 Uhr, Messe Berlin, Halle 26

WEST bio — 29. April 2018, 09.00 – 17.30 Uhr, Messe Düsseldorf, Halle 14

... Und Power für mehr Bauernstimmenabos!

Geschenkabos und Probeabos an:
ABL Verlag, Bahnhofstraße 31,
59065 Hamm, Fax: 02381 492221
verlag@bauernstimme.de

Berlin und Umland

Bäuerinnen und Bauern - Stammtisch

jeden 1. Donnerstag im Monat
19 Uhr, Preußisches Landwirtshaus
14055 Berlin - Charlottenburg,
Flatowallee 23

Rheinland-Pfalz/ Saarland

Wir möchten einen Landesemailverteiler zur besseren Vernetzung aufbauen.
Bitte schickt eure Emailadresse an:
ralf.wey@abl-rlp-saar.de

Jahresversammlung Bundesverband der Landwirte BdL - e.V.

21.04.2018 9.00 - 19.30 Uhr

Programm:

- **Ausgleichszahlungen der EU ab 2018** - Peter Ditz, MLUV
  Mittagspause
- **Generationswechsel und Hofnachfolge** - Helmut Precht, Landwirt
- **Ohne Bienen keine Landwirtschaft** - Uwe Polak, Imker
  Kaffeepause
- **Nebenerwerbslandwirtschaft erhält Struktur der bäuerlichen Landwirtschaft** - Jürgen Schuster, Vorsitzender
- **Kulturlandschaft erhalten** - Hildegard Schuster, Landwirtin

Ort: Sporthalle, Schulstraße, 18246 Klein Belitz, Kreis Rostock
Ansprechpartner: Jürgen Schuster, 03871 - 264099

Ökо-Regio-Markt

14.04.2018, Eissel
Unter dem Motto »Sehen, wo es herkommt« bieten regionale Biobauern ihre Erzeugnisse an.

Ort: Groß Eißel 26, Thedinghausen

Internationales

17.04.2018
Internationaler Tag des kleinbäuerlichen Widerstandes.

Genossenschaftsbewegung

21.04.2018, Koblenz
Auf den Spuren des Gründers der Genossenschaftsbewegung F.W. Raiffeisen. Welche Bezüge zu aktuellen Formen des sozialen und solidarischen Wirtschaftens gibt es?

Anmeldung und Information:
www.lja.de/programm/

Filmvorführung

24.04.2018, 19. Uhr Bargteheide
10 Milliarden, wie werden wir alle satt?

Kleines Theater Bargteheide, Hamburger Straße 3, 22941 Bargteheide

Agrarministerkonferenz - AMK

25.-27.04.2018, Münster
Ort: Hotel Mövenpick, Münster

Mitteldeutschland

Stammtisch Thüringen:
jeden 2. Dienstag im Monat,
19 Uhr, Erzeugerladen,
Schmidtstedter Ufer 29 in Erfurt

Stammtisch Sachsen-Anhalt:
jeden 2. Mittwoch im Monat,
19 Uhr, Gaststätte
„Goldene Rose“ in Halle

Stammtisch Sachsen:
jeden 1. Donnerstag im Monat,
19 Uhr, Kümmelschänke
Kümmelschänkenweg 2
01156 Dresden

Gäste und Neugierige sind herzlich willkommen!

Essen ist politisch!

Filmvorführung mit Podiumsdiskussion

Wie kann zukünftig genug Nahrung für zehn Milliarden Menschen erzeugt werden? Zwei Lager behaupten, die Lösung zu kennen: Einerseits die industrielle Landwirtschaft, die global immer weiter expandiert und hocheffizient auf Massenproduktion setzt. Demgegenüber stehen die biologische und die traditionelle Landwirtschaft, die zwar weniger Masse produzieren, dafür aber schonend mit den begrenzten Ressourcen umgehen. Von beiden Seiten will der Filmemacher wissen, wie sie die Welt künftig ernähren wollen. Der Film zeigt die globalen Wechselwirkungen in der Landwirtschaft anhand von Protagonisten aus den zentralen Produktionsbereichen Saatgut, Düngung, Schädlingsbekämpfung, Futtermittelherstellung, Tierproduktion und Handel. Dabei wird kritisch die derzeit gängige Praxis beider Seiten hinterfragt, aber auch unvoreingenommen ihre Lösungsansätze und Visionen für die Zukunft vorgestellt.

Gäste auf dem Podium:
Anneli Wehling, (BDM-SH), Bäuerin, Kiebitzreihe • Stefanie Pöpken, PROVIEH e.V., Kiel, • Albert Teschemacher, Alt-Bauer, Dannau • Matthias Stührwoldt, Bauer und Agrarpoet, Stolpe • Moderation: Uwe Schreiber, AbL Schleswig-Holstein

24.04.2018, 19.00 – 22.00 Uhr,
Kleines Theater Bargteheide, Hamburger Straße 3, 22941 Bargteheide

Veranstaltung in Kooperation mit der Agrarkoordination und dem
Förderverein Gut Wulksfelde e.V.

Impressum

unabhängige Bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Christine Etienne: 02381-492210
FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Bundeskontakte

Bundesgeschäftstelle:
Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:
Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witzenhausen, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:
Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de

Saatgut: Vielfalt in Bauernhand, Projekt der AbL-NRW
Svenja Holst, Tel: 02381/9053170, holst@abl-ev.de

Landeskontakte

Schleswig-Holstein
Geschäftsführung:
Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, Schleswig-holstein@abl-ev.de

Niedersachsen
Geschäftsstelle: Lea Unterholzner, Tel: 04239-9440056; info@abl-niedersachsen.de
Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel .u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Andrea Sweers, Tel. 0176 - 20812393, andrea.sweers@googlemail.com

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg
Mecklenburg: Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0157 - 87185136; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen
Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,Tel.: 02381/9053170, nrw@abl-ev.de
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler; Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen
Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de
Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

Rheinland-Pfalz und Saarland
Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,
Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg
Geschäftsstelle: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de
Bodensee: Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de
Oberschwaben: Bärbel Endraß: Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern
Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654, bioschmid@t-online.de
Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Georg Planthaler, fuermannalm@web.de; Tel. 08656/393
Rita Huber; Tel: 08683-557; huber.aichlberg@gmx.de
Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536/91091; Fax 08536/919782, margaretestoiber@t-online.de;
Allgäu: Geschäftsstelle Michael Finger; Tel. 08322/1329; ablallgaeu@gmx.de,
Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de,
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Telefon: 09852-1846, isabella.hirsch@gmx.de,
Erding–Ebersberg: Rosi Reindl Tel. 08093- 905575, rosi_reindl@gmx.de;
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de,

Thüringen
Thüringen: Reiko Wöllert (Landesgeschäftsführer), Auf der Burg 11, 99869 Haina, Tel: 036254/78024, mitteldeutschland@abl-ev.de; Michael Grolm, Schloß Tonndorf, 99438 Tonndorf, Tel: 036450/446889, m.grolm@gmx.de

Sachsen-Anhalt
Katharina Winter (Landesgeschäftsführerin), August-Bebel-Platz 4, 06108 Halle/Saale, Tel: 0178/4597573, sachsen-anhalt@abl-ev.de; Claudia Gerster, Dietrichsroda 16, 06632 Bolgstedt, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de

Sachsen
Danilo Braun, Hauptstraße 146, 09600 Oberschöna, Tel: 01577/3987764, Email: landbau.braun@gmx.de; Stephan Kaiser, Talstr. 2b, 01723 Helbigsdorf, Tel: 035209/18477, Email: kontakt@beerenbunt.de

Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- ❑ Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 107,00 Euro
- ❑ Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 142,00 Euro
- ❑ Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- ❑ Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 52,00 Euro
- ❑ Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 77,00 Euro
- ❑ Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)
- ❑ Ich finde die Arbeit der AbL e.V. wichtig und unterstütze sie als Nichtmitglied mit einem Jahresbeitrag von:
  ❑ 30,-€ ❑ 50,-€ ❑ 70,- €

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Nachname, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis):_____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Ich zahle:
❑ nach Erhalt der Rechnung
❑ per SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092
AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __

IBAN: __

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bäuerinnen und Bauern können die Welt FAIR-ändern

Als vor Jahren die Blauzungenkrankheit als neue Bedrohung für unsere Rinder, Schafe und Ziegen in Deutschland auftauchte, entstand die Idee, nach dem Vorbild unserer Vorfahren eine Bittwallfahrt nach Altötting zu machen. Die nun bereits zehnte Bauernwallfahrt nach Altötting stand unter dem Leitspruch „Bäuerinnen und Bauern können die Welt FAIR-ändern“. Dazu hatte die AbL den indischen Bischof Lumen Monteiro eingeladen, der zurzeit als Gast von Misereor im Rahmen der Fastenaktion in Deutschland weilt. Als Vorsitzender von Caritas Indien unterstützt er dort u. a. Kleinbauernprojekte für eine sozial gerechte, ökonomisch tragfähige und umweltverträgliche Landwirtschaft. Bischof Monteiro hob die Enzyklika „Laudato Si“ von Papst Franziskus hervor, in der dieser von der Sorge um die Erde, unserem gemeinsamen Haus, spricht. Demnach genüge es nicht, „an die verschiedenen Arten nur als eventuell nutzbare Ressource zu denken und zu vergessen, dass sie einen ureigenen Wert besitzen“. Bischof Monteiro weiter: „Überall auf der Welt gehört für die Bäuerinnen und Bauern die Sorge um die Zukunft der Landwirtschaft zum Alltag. Verschärft wird sie noch durch den Klimawandel, der uns in Indien nun auch außerhalb der Saison Unwetterkatastrophen beschert, neben den ohnehin schon verheerenderen Überschwemmungen nach den Monsunregen. Darüber hinaus haben wir Menschen Strukturen geschaffen, die dem einfachen Landwirt das Überleben erschweren. … Sie, liebe Bäuerinnen und Bauern, lehren uns diese wunderbare Lektion: Lösungen können nicht über einen einzigen Weg, die Wirklichkeit zu interpretieren und zu verwandeln, erreicht werden. In jedem Fall gründen sich die Entscheidungen, die wir zu treffen haben, auf die Solidarität aller Völker, die Solidarität der Männer und Frauen guten Willens – so wie Sie, die Sie hier versammelt sind.“ Am Nachmittag sprach Prof. Dr. Hubert Weiger (Vors. BUND Naturschutz Deutschland und Bayern) zum Thema „Für eine bäuerliche, umweltverträgliche und faire Landwirtschaft – hier und weltweit“. Er stellte klar, dass Landwirtschaft und Naturschutz keineswegs Gegner seien und bezeichnete die AbL als wichtigsten Partner des BUND im Kampf für eine bäuerliche Landwirtschaft. Die Verantwortlichen für Umweltprobleme und Artenverlust müssten klar benannt, nicht pauschal „die Landwirtschaft“ verurteilt werden. Alle, die eine Weltmarktorientierung forderten, seien die „Totengräber“ der bäuerlichen Landwirtschaft, denn wir könnten preislich nicht mit den Gunstlagen der USA oder der kostenextensiven Milchproduktion Neuseelands konkurrieren. Bei den Gehältern von Politikern, Managern und Fußballern gelten bei uns auch keine Weltmarkt-, sondern Spitzenpreise. Die „Geiz ist geil“-Mentalität auch bei Lebensmitteln sei eine Schande für eine Kulturnation. Für die anstehende EU-Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik lobte Dr. Weiger das AbL-Punktemodell zur Honorierung gesellschaftlich erwünschter Leistungen, das von allen reformorientierten Kräften in den Verbänden noch stärker unterstützt werden sollte. Zum Abschluss seines immer wieder von kräftigem Applaus begleiteten Vortrags berichtete Weiger von einer Generalaudienz bei Papst Franziskus vor einigen Tagen, bei der er ihm die Positionen des BUND überreicht hatte. Papst Franziskus sei ein wichtiger neuer Partner in Sachen Umweltschutz und weltweite Gerechtigkeit.

AbL Bayern

Neben den klassischen landwirtschaftlichen Nutztieren erfreute Bauernwallfahrtsgast Bischof Lumen Monteiro auch ein Lama Foto: AbL-Bayern

unabhängige Bauernstimme: für Veränderung

04/2018

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- ❑ Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (46,00 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 32,00 € gesenkt werden.
- ❑ Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,– € im Jahr.
- ❑ Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- € bzw. 35,- € für ❑ 6 oder ❑ 12 Monate verschenken.
- ❑ Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse | Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname | Name, Vorname

Straße | Straße

PLZ, Ort | PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen | email/Fax

Ich zahle:
❑ nach Erhalt der Rechnung
❑ per SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539
ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: __ __ __ __ __ __ __ __ __ __ __

IBAN: __

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnentin / des Abonnnenten (bei Geschenkabo Unterschrift des Auftraggebers) | Datum | Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221